



gemeinnützige Gesellschaft für Kommunikations-
und Kooperationsforschung mbH

Seidenstraße 36 Fax +49-(0)711-685-82487
D – 70174 Stuttgart E-mail: info@dialogik-expert.de
URL: <http://www.dialogik-expert.de>

Zweiter Zwischenbericht zum Forschungsvorhaben

„INNOVATIVE VERFAHREN DER KONFLIKTSCHLICHTUNG BEI DER STANDORTBESTIMMUNG VON MOBILFUNKSENDEANLAGEN“

Der Bericht gibt die Auffassung und Meinung des Auftragnehmers wieder und muss nicht mit der Meinung des Auftraggebers (Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) übereinstimmen.

Zitiervorschlag:

Ulmer, Frank; Hiller, Sylvia und Ortleb, Julia (2006): Innovative Verfahren der Konfliktschlichtung bei der Standortbestimmung von Mobilfunksendeanlagen. Zweiter Zwischenbericht. Stuttgart.

Forschungsteam

Projektleitung und Projektmitarbeiter

Projektleitung:

Frank Ulmer, Dipl. Geogr.

☎ 0711/25971721

Fax: 0711/685-82487

✉ ulmer@kommunikationsbuero.com

Projektmitarbeiter:

Sylvia Hiller, M.A.

☎ 0711/685-83891

Fax: 0711/685-82487

✉ hiller@dialogik-expert.de

Projektsupervision:

Prof. Ortwin Renn

☎ 0711/1685-83970

Fax: 0711/685-82487

✉ renn@dialogik-expert.de

Julia Ortleb, M.A.

☎ 0711/685-84539

Fax: 0711/685-82487

✉ ortleb@dialogik-expert.de

Stuttgart, im Juni 2006

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Ziel	3
2	Block II: Inhalt und Methodik	4
3	Erarbeitung von Kriterien zur Einschätzung des Konfliktpotenzials	6
4	Einzelfallanalysen	11
4.1	Methodische Vorbemerkungen	11
4.1.1	<i>Befragungsdesign</i>	11
4.1.2	<i>Standortauswahl</i>	13
4.2	Darstellung erster Ergebnisse und Trends	14
4.2.1	<i>Konfliktverlauf</i>	15
4.2.2	<i>Standortsuche</i>	16
4.2.3	<i>Informationsbedarf</i>	19
4.2.4	<i>Kooperation von Kommunen bei der Standortsuche</i>	20
4.2.5	<i>Beurteilung der Kooperation von Kommune und Netzbetreiber</i>	21
4.2.6	<i>Protestverhalten in der Bevölkerung und Maßnahmen der Kommune</i>	22
4.2.7	<i>Bekanntheit und Bewertung von vorhandenen Leitfäden</i>	24
4.3	Vergleich mit Ergebnissen anderer Studien	26
5	Konzeption des Ratgebers für die Kommunen	29
5.1	Aufmachung und logischer Aufbau des Ratgebers	29
5.2	Inhalte des Online-Ratgebers	31
6	Ausblick	37
7	Literatur	38
8	Anhang	41
	Interviewleitfäden für die Einzelfallanalysen	41
	<i>Interviewleitfäden für Kommunen</i>	41
	<i>Interviewleitfäden für Betreiber</i>	47
	<i>Interviewleitfäden für Vertreter von Bürgerinitiativen</i>	51

Lesehinweis:

Wenn im folgenden Text Begriffe wie Bürger, Politiker, Mobilfunkgegner etc. verwendet werden, so ist stets die weibliche Form mitgemeint.

1 Einleitung und Ziel

Ziel und Ergebnis des Projekts „Innovative Verfahren der Konfliktschlichtung bei der Standortbestimmung von Mobilfunkseideanlagen“ ist die Erarbeitung eines Ratgebers, der die Kommunen bei der Abstimmung der Standortplanung von Mobilfunkseideanlagen unterstützt. Hierbei sollen die Kommunen in ihrer Dilemmasituation, einerseits die nötige Infrastruktur für einen Ausbau der Mobilfunknetze zu garantieren, und andererseits ihre Bürger vor möglichen gesundheitlichen Risiken zu schützen und mit deren Besorgnis umzugehen, unterstützt und zu einer pro-aktiveren Rolle im Standortfindungsprozess befähigt werden. Der Ratgeber wird in der Form eines internetbasierten Online-Baukastens für Mitarbeiter in den Kommunen erstellt, um die Vorteile des Internets für eine schnelle Verbreitung zu nutzen sowie für die modulare Struktur des Ratgebers einen schnellen Zugriff auf die jeweiligen Kapitel zu ermöglichen. Die Kommunen werden weiterhin mit dem Thema Netzausbau konfrontiert sein. Die vermehrte Nutzung mobiler Daten- und Telefondienste (z.B. „Handy-Flatrate“) führt zum weiteren Ausbau der Mobilfunknetze, um den nachgefragten Kapazitäten technisch gerecht zu werden.

Der vorliegende Zwischenbericht fasst die Ergebnisse des zweiten Arbeitsblocks, der sich über die Arbeiten im Zeitraum von Januar bis Juni 2006 erstreckte, zusammen. Abweichend vom ursprünglichen Forschungsantrag werden für die Einzelfallanalysen an dieser Stelle Zwischenergebnisse dargestellt, da diese sich derzeit noch in der Durchführung befinden. Zusätzlich enthält der vorliegende Bericht aber eine Darstellung zu Aufbau und Inhalten des Ratgebers, da in Abstimmung mit dem Auftraggeber beschlossen wurde, die Arbeiten stark auf das Endprodukt auszurichten, das dem Alltag von Mobilfunkbeauftragten (oder anderen verantwortlichen Kommunenvertretern) entgegenkommt und diese bei der Strukturierung der Standortfindung und den damit verbundenen Kommunikationsprozessen unterstützt.

Die laufenden Einzelfallanalysen sind darauf ausgerichtet, Hinweise zu erfragen, die bei der Erstellung eines praxisorientierten Ratgebers hilfreich sind und werden innerhalb der nächsten zwei Monate abschließend durchgeführt. Eine vollständige Auswertung wird im dritten Zwischenbericht, der Ende Oktober diesen Jahres vorliegen wird, enthalten sein. Der Ratgeber, dessen Inhalte aus einem Abgleich bestehender

Empfehlungen mit den durchgeführten Einzelfallstudien erstellt werden, wird ab Februar 2007 für die Kommunen zur Verfügung stehen.

2 Block II: Inhalt und Methodik

Nachdem in der ersten Projektphase eine Bestandsaufnahme zum Thema Mobilfunkstandortkonflikte – sowohl theoretisch als auch praktisch anhand vorhandener Leitfäden und der Medienberichterstattung – im Mittelpunkt stand, um das Forschungsdesign anhand der Ergebnisse weiter zu konkretisieren und relevante inhaltliche Aspekte zu identifizieren, erfolgte in der zweiten Projektphase die empirische Untersuchung dieser Aspekte – insbesondere der Einflussfaktoren auf typische Konfliktverläufe und deren Auswirkung. Ziel ist die empirische Fundierung der für den Ratgeber zu erarbeitenden Empfehlungen zum Umgang mit Standortkonflikten. Dabei gilt es, detaillierte Erkenntnisse zu Ursprung und Ablauf typischer Konflikte zu gewinnen. Diese Erkenntnisse werden in einer Form aufbereitet, die es ermöglicht, die Konflikte drei verschiedenen Konflikttypen (rot, gelb, grün) zuzuordnen. Ebenso werden sie mit bestehenden Empfehlungen (insbesondere der im ersten Arbeitsblock untersuchten Leitfäden) verglichen und für den Ratgeber angepasst.

Hierzu wurden zunächst die im ersten Zwischenbericht¹ genannten Merkmale zur Einschätzung des Konfliktpotenzials vertieft und mit Hilfe einer Expertenrunde erweitert und gewichtet. Diese Kriterien wurden in die Interviewleitfäden für die Einzelfallanalysen übernommen, um die Auswirkung der Rahmenbedingungen auf das Konfliktpotenzial zu untersuchen.

Zu diesem Zweck wurde ein qualitatives Forschungsdesign gewählt. Hierbei steht im Gegensatz zur quantitativen Forschung nicht die Repräsentativität der Daten und die Standardisierung von Fragebogen, Interviewerverhalten und Interviewsituation im Vordergrund, sondern Offenheit bezüglich der Fragen, Antworten und Methoden sowie Breite und Detailliertheit der gewonnenen Erkenntnisse.

Es werden derzeit neun Einzelfallstudien an konkreten Mobilfunkstandorten durchgeführt, typische Konfliktverläufe und deren Rahmenbedingungen analysiert. Daraus sollen typische „Settings“ für verschiedene Konfliktstufen (entsprechend des Ampelmodells)² erarbeitet und maßgeschneiderte Instrumente der Konfliktvermeidung und -

¹ Vgl. Ulmer et al. (2005): Kapitel 3 und 6.

² Vgl. ebda.: S. 9.

schlichtung empfohlen werden. Die Einzelfallanalysen werden in Form von leitfadensbasierten, qualitativen Interviews mit den an Standortkonflikten beteiligten Hauptakteuren (Vertreter von Kommunen, Mobilfunkbetreibern und Bürgerinitiativen (BIs)) durchgeführt. Ziel dieser Interviews ist zum einen die Überprüfung bestehender Empfehlungen zur Konfliktlösung im Bereich Mobilfunksendeanlagen sowie ein Abgleich mit Ergebnissen aus vorliegenden Studien (vgl. insbesondere Difu 2005; agenda-transfer 2005), zum anderen werden in den Interviews Kriterien getestet, anhand derer das Konfliktpotenzial an einem Standort eingeschätzt werden kann. Die Beantwortung von Fragen zu diesen Kriterien soll die Nutzer des Ratgebers befähigen, das Konfliktpotenzial in ihrer Kommune zu verschiedenen Zeitpunkten einzuschätzen, woraufhin gemäß dem Baukastenprinzip angepasste Empfehlungen für präventive und schlichtende Vorgehensweisen bei Konflikten gegeben werden.

Daneben stellen insbesondere die Interviews mit den Mobilfunkbeauftragten der Kommunen eine Bedarfsanalyse für den zu erstellenden Ratgeber dar, da diese die Zielgruppe darstellen. Es werden daher Informationsdefizite und -wünsche erhoben sowie die Selbsteinschätzung bezüglich der Wirksamkeit einzelner durch das Forschungsteam im Gespräch genannten Maßnahmen (z.B. Messungen).

Neben den eigenen Einzelfallstudien werden für die Auswertung auch die Ergebnisse weiterer Projekte aus dem EMF-Forschungsprogramm herangezogen. Im Besonderen ist dies das Forschungsvorhaben FM 8820 „Unterstützung der Kooperation der Mobilfunkakteure durch die lokale Agenda 21“. Außerdem wird Bezug auf das „Jahresgutachten zur Umsetzung der Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber“ (Difu 2005, 2004) genommen.

In Kapitel 3 wird die praktische Umsetzung des theoretischen Konzepts eines Ampelmodells für die Anwendung in dem zu erstellenden Online-Ratgeber erläutert. Kapitel 4 stellt erste Ergebnisse der Einzelfallstudien dar. Da die Durchführung der Einzelfallstudien zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen ist, wird an dieser Stelle noch keine endgültige Darstellung und Analyse der untersuchten Standorte erfolgen, sondern es werden lediglich erste Trends beschrieben. Eine vollständige Auswertung ist für den kommenden dritten Zwischenbericht vorgesehen, der zum Abschluss der Projektphase „Produktion und Evaluation des Ratgebers“ Ende Oktober dieses Jahres angefertigt wird. Die konkrete Konzeption wird in Kapitel 5 vorge-

stellt. Kapitel 6 fasst zusammen, inwiefern sich die Ergebnisse auf das weitere Vorgehen im Projekt auswirken.

3 Erarbeitung von Kriterien zur Einschätzung des Konfliktpotenzials

Der zu erstellende Ratgeber hat zum Ziel, die Kommunen beim Umgang mit Standortkonflikten im Zusammenhang mit Mobilfunksendeanlagen zu unterstützen. Um auf Konflikte in angemessener Weise reagieren zu können, oder besser noch, pro-aktiv die Bedingungen für deren Entstehung zu beeinflussen, ist es wichtig, dass die Verantwortlichen in den Kommunen in der Lage sind, die spezifische Situation vor Ort kompetent erfassen und einschätzen zu können. Dies soll im Online-Ratgeber durch das Ausfüllen eines Kurzfragebogens zu den Rahmenbedingungen erfolgen. Je nach Ergebnis dieser Angaben wird das Konfliktpotenzial in rot, gelb oder grün, analog einer Ampel, eingeteilt und es werden entsprechend ein Set von Maßnahmen empfohlen. Die Rahmenbedingungen des jeweiligen Standorts werden anhand von Kriterien erfasst, deren Ausprägungen über die Zuordnung zu der Konfliktstufe entscheiden.

In der ersten Projektphase wurden Studien zu Mobilfunkkonflikten sowie Leitfäden zum Umgang mit Standortkonflikten nach Kriterien, die das Konfliktpotenzial beeinflussen, analysiert. Diese wurden zunächst grob in die drei Dimensionen Standortkriterien, Planungskriterien und Akteurskriterien unterteilt (vgl. Ulmer et al. 2005: 13). In einem weiteren Arbeitsschritt wurden diese weiter differenziert und aufbereitet, um sie durch Experten aus der Wissenschaft und Industrie prüfen und erweitern zu lassen.

Den Experten³ wurden zur Evaluierung und weiteren Ausarbeitung die erarbeiteten Dimensionen und Kriterien vorgelegt und durch diese dann ergänzt und gewichtet. Das Ergebnis wurde ausgewertet, indem es in eine Matrix übertragen und den Experten erneut schriftlich vorgelegt wurde, um die Gewichtungen zu kommentieren sowie Kombinationen von einzelnen Merkmalen zu markieren, die sich in dieser Kombination besonders (verstärkend oder abschwächend) auf das Konfliktpotenzial auswirken. Diese Vorgehensweise wurde gewählt, da im Verlauf der Beiratssitzung von Seiten

³ Die Expertenrunde bestand aus dem wissenschaftlichen Beirat des Projekts.

der Experten bestätigt wurde, dass durch die Kombination einzelner Kriterien das Konfliktpotenzial kumuliert bzw. aufgehoben oder zumindest beeinträchtigt werden kann.

Als Ergebnis wurden im ersten Schritt acht Dimensionen gefunden, denen für das Ausmaß von Konflikten an Mobilfunkstandorten besondere Bedeutung zukommt. Diese Dimensionen enthalten verschiedene Kriterien, deren spezifische Zusammensetzung an einem tatsächlichen Standort Hinweise für die Zuordnung zu einer der drei Konfliktstufen, und damit für die empfohlenen Schlichtungsmaßnahmen, ergibt⁴. Die im Folgenden genannten Kriterien werden im weiteren Forschungsvorhaben für den Teil der Selbstdiagnose im Rahmen des Online-Ratgebers weiter konkretisiert und angepasst. Die Verständlichkeit und Eindeutigkeit der abgefragten Kriterien ist von besonderer Bedeutung. Interpretationsspielräume sollen möglichst weitgehend vermieden werden, indem die Kriterien genau definiert und in ihrer Ausprägung bestimmt werden.

- **Mobilisierungspotenzial:** Dieser Dimension werden folgende Kriterien zugeordnet: Existiert bereits ein kommunales Netzwerk? Gab es lokale oder regionale Presseaktivitäten im Zusammenhang mit Mobilfunksendeanlagen? Sind lokale Bürgergruppen/-initiativen vorhanden? Haben diese Kritiker einen Sprecher benannt? Sind die Fronten bereits verhärtet (in ‚worst case‘-Fällen zählt beim Handeln dann nur noch, das Gesicht nicht zu verlieren)? Charakteristika und Organisation des Grundstückeigentümers des Standorts (z.B. ist es eine Wohnungsbaugesellschaft, die die Miete einnimmt, während die Mieter das Risiko tragen), findet eine Stigmatisierung des Standorts statt (zu überprüfen ist hier die These, dass dies vor allem in kleinen Gemeinden geschieht)? Kam es bereits zur Durchführung von Messungen der elektromagnetischen Felder? Wie ist die Situation in den Nachbarkommunen?
- **Standortbezogene Kriterien:** Befindet sich die geplante oder errichtete Sendeanlage in der Nähe von sensiblen Gebäuden (Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser etc.)? Gibt es seitens der Kommunen bzw. Betreiber eine Strategie der Streuung oder eine Strategie der Bündelung von Mobilfunksendeanlagen? Stellt die Kommune eigene Liegenschaften bzw. Gebäude zur Verfügung? Werden seitens der

⁴ Die Nennung erfolgt in der Reihenfolge der Gewichtung durch die wissenschaftlichen Experten während der ersten Beiratssitzung am 27.02.2006.

Kommune vorgeschlagene (technisch machbare) Alternativen durch den Netzbetreiber berücksichtigt oder zumindest diskutiert? Werden bestehende Standorte erweitert? Werden Sendeanlagen bevorzugt außerhalb von Siedlungsgebieten errichtet? Wird durch die Sendeanlage das ästhetische Empfinden der Bürger gestört?

- **Haltung der Kommune und der Betreiber:** Gibt es seitens der Kommune ein ‚politisches Commitment‘ zum Mobilfunk (z.B. ob die Kommune prinzipiell hinter dem Netzausbau steht)? Gibt es innerhalb der Vertreter der Kommune unterschiedliche Positionen zum Mobilfunk (z.B. Politik versus Verwaltung)? Wurden in einer betroffenen Kommune eigene kommunale Regeln oder Absprachen entworfen, die von allen beteiligten Akteuren akzeptiert sind? Existiert ein aktiver und bilateraler Dialog zwischen der Kommune und den Betreibern? Existiert seitens der Betreiber die Bereitschaft, die Planungen der anderen Netzbetreiber mit zu berücksichtigen und gibt es ein koordiniertes Vorgehen bei der Abstimmung mit der Kommune (soweit durch das Kartellrecht zugelassen bzw. wird das Kartellrecht überhaupt berücksichtigt)? Wie werden mögliche zusätzliche Schutzkriterien (z.B. strengere Grenzwerte) gehandhabt und kommuniziert? Wie flexibel sind die Betreiber im Hinblick auf ihre Bereitschaft, zugunsten von alternativen Standorten (technische und finanzielle) Mehraufwendungen einzugehen?
- **Netzstruktur und Nutzendebatte:** Diese Dimension umfasst folgende Kriterien: Handelt es sich bei den geplanten Standorten um einen Netzaufbau zur Grundversorgung einer Kommune oder um die Verdichtung bzw. Optimierung zwecks Kapazitätssteigerung des vorhandenen Netzes? Wird lediglich eine Sendeeinheit zu einem bestehenden Standort hinzugefügt? Damit zusammenhängend, handelt es sich um Sendeanlagen für GSM oder für UMTS? Baut ein bereits in der Kommune vertretener Betreiber seine Sendeanlagen aus oder handelt es sich um einen neuen, zusätzlichen Betreiber?
- **Makroklima, d.h. wissenschaftliche Berichterstattung und deren öffentliche Wirkung:** Wie steht es zum Zeitpunkt der Planung/Errichtung um die allgemeine Sensibilität für das Thema? Findet eine ausgeprägte Berichterstattung in den nationalen Medien statt?
- **Historie von Protestbewegungen vor Ort:** Gab es in der Kommune bereits Standortkonflikte in der Vergangenheit (um Mobilfunksendeanlagen oder andere

technische Anlagen)? Wie steht es um das Vertrauen der Bürger in die Kommune, ihre Rechte zu vertreten?

- **Kriterien zur sozialen Zusammensetzung des Ortes:** Befindet sich der Standort in einem ‚reichen‘ Neubaugebiet im ländlichen Raum (Symptom junger Familien als ‚Stadtflüchter‘, Naturromantiker)? Welche Besonderheiten weist die Siedlungsstruktur auf? Handelt es sich um eine Großstadt oder um ländlichen Raum?
- **Länderspezifische Besonderheiten:** Gibt es in dem Bundesland, in dem sich der Standort befindet, länderspezifische Regelungen (wie zum Beispiel den Mobilfunkpakt in Bayern⁵)? Konzentriert sich die öffentliche Diskussion auf eine bestimmte Region? Spielen kulturelle Unterschiede eine Rolle (Nord-Süd oder Ost-West-Gefälle)?

Für die Erstellung des Ratgebers werden nach Abschluss der Einzelfallstudien die Interviews hinsichtlich dieser erarbeiteten Kriterien ausgewertet. Dabei werden gezielt für die Bestimmung der Konfliktstufe besonders aussagekräftige Kombinationen gesucht, die sich auf das Konfliktpotenzial in einer Kommune in besonderer Weise auswirken.

Als Zwischenergebnis wurde auf Basis der Analyse bestehender Berichte (vgl. agenda-transfer 2005; Difu 2003, 2005; BAUM 2003, Ruddat und Sautter 2005) sowie der Sachkenntnis und Erfahrung des wissenschaftlichen Beirats, die folgenden Kriterien bzw. deren Kombinationen bereits als besonders einflussreich für das Konfliktpotenzial erachtet, wobei diese als Hypothesen zu bewerten sind, die anhand der Einzelfallstudien näher überprüft werden:

- Das Bestehen von lokalen Bürgergruppen (wie Bürgerinitiativen, lokale Ärzteappelle, ‚lokale Datensammlungen‘) → *wirkt konfliktverstärkend*
- Die Nähe zu sensiblen Standorten (insbesondere Kindergärten und Schulen) → *wirkt konfliktverstärkend*
- Der Standort befindet sich außerhalb von einer Siedlung → meist *geringeres Konfliktpotenzial*
- Es wurden Messungen der elektromagnetischen Felder durchgeführt → *wirkt konfliktabschwächend, da vertrauensbildend*

⁵ Vgl. Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (2002).

Folgende Kombinationen wurden u.a. in besonderem Maße als konfliktmindernd oder -verstärkend aufgefasst:

- Die Kommune stellt kommunale Liegenschaften als Standorte zur Verfügung und gleichzeitig werden „gute“ und technisch mögliche Alternativen berücksichtigt → *diese Kombination wirkt konfliktmindernd, da vertrauensbildend*
- Die Nähe zu sensiblen Standorten und das Bestehen von lokalen Bürgergruppen → *wirkt zusammen besonders konfliktverstärkend*
- Standortkonflikte in der Vergangenheit und das Bestehen von lokalen Bürgergruppen → *wirkt zusammen besonders konfliktverstärkend*
- Handelt es sich um eine kleine Kommune und gibt es lokale Bürgerinitiativen vor Ort → *wirkt zusammen konfliktverstärkend*
- Eine gestörte Ästhetik wirkt insbesondere in kleinen Kommunen bzw. im ländlichen Raum *konfliktverstärkend*, da die Antennen hier oft sichtbarer sind und größer wirken.
- Das Vertrauen der Bürger in die Kommune, ihre Rechte zu vertreten, scheint sich ebenfalls in kleinen Kommunen stärker auszuwirken, da hier direkte persönliche Beziehungen eine größere Rolle spielen → *wirkt zusammen konfliktabschwächend*
- Kommune stellt Standorte zur Verfügung und es besteht ein aktiver und konstruktiver bilateraler Dialog zwischen Betreiber und Kommune → *wirkt zusammen konfliktpräventiv*

Darüber hinaus besteht auch die Möglichkeit, dass ein konfliktminderndes Kriterium ein anderes, das konfliktverstärkend wirkt, abschwächt. So ist z.B. die Nähe zu sensiblen Standorten beim Vorhandensein klarer, von Politik, Betreibern und Bürgern akzeptierter kommunaler Regeln sowie auch bei Bestehen eines konstruktiven, bilateralen Dialogs zwischen Betreiber und Kommune, meist weniger problematisch als ohne. Diese Wechselwirkungen werden im Rahmen des Online-Ratgebers erläutert.

Die endgültigen Ausprägungen und relativen Gewichtungen der Kriterien sowie von Kombinationen, die sich in besonderem Maße auf das Konfliktpotenzial auswirken, werden nach Abschluss der Einzelfallstudien definiert.

4 Einzelfallanalysen

4.1 *Methodische Vorbemerkungen*

4.1.1 Befragungsdesign

Für die Erhebung typischer Konfliktverläufe und deren Rahmenbedingungen wurde ein qualitatives Forschungsdesign auf der Grundlage leitfadengestützter Interviews ausgewählt (siehe auch Kapitel 2). Zu diesem Zweck wird derzeit eine telefonische Befragung von Vertretern von Kommunen, Mobilfunkbetreibern und organisierten Bürgern (vorzugsweise Sprecher von Bürgerinitiativen, sofern an den jeweiligen Standorten vorhanden) durchgeführt. Den Schwerpunkt bilden dabei die Interviews mit den Mobilfunkbeauftragten der Kommunen, bzw. den jeweiligen Ansprechpartnern in der Kommune, da diese die Zielgruppe für das Endprodukt des Projekts darstellen. Dennoch sind auch die Gespräche mit den jeweiligen Mobilfunkbetreibern und Vertretern der Bürgerinitiativen unerlässlich, um einen umfassenden Einblick in Konfliktmerkmale und Rahmenbedingungen zu erlangen.

Der jeweilige Fragebogen⁶ für die telefonischen Interviews mit den Kommunen, Betreibern und Bürgerinitiativen beinhaltet neben Fragen zum konkreten Konfliktablauf und den Ursachen bzw. zum konkreten Vorgehen der Akteure bei der Standortfindung (Kommunen und Betreiber) auch ausführliche Fragen zu den oben beschriebenen Kriterien, um die Rahmenbedingungen des Konflikts so detailliert wie möglich zu erfassen. Daneben zielen die Interviews darauf ab, den Informationsbedarf seitens der Kommunen für den Umgang mit Standortkonflikten zu erheben, um den Ratgeber zielgerichtet gestalten zu können. Generell gliedert sich der Fragebogen für alle Akteure in verschiedene Blöcke:

⁶ Alle Fragebögen sind dem Zwischenbericht in Anhang 1 beigelegt.

- Konfliktablauf und -ursachen
- Ablauf der Standortbestimmung im Normalfall inkl. Bewertung (nur Kommunen und Betreiber; BIs: Bewertung von Strategien)
- Informationsbedarf und -quellen (rechtliche, technische, gesundheitliche etc. Hintergrundinformationen)
- Kooperation mit anderen Kommunen (nur Kommunen)
- Kooperation von Kommune und Netzbetreiber, inkl. Bewertung (nur Kommune und Netzbetreiber)
- Beschreibung des Protestverhaltens und der unternommenen Maßnahmen zur Konfliktminderung bzw. -vermeidung, inkl. Bewertung
- Frage nach bekannten bzw. verwendeten Leitfäden und weiterem Informationsmaterial, inkl. Bewertung
- Abschlussfrage/-statement: Was würde man einem Kollegen (BIs: Vertreter anderer BIs) raten, der in der gleichen Situation ist?

Die Ansprechpartner für die Interviews in den Kommunen (im Idealfall der Mobilfunkbeauftragte) werden erfragt und daraufhin kontaktiert. Ihnen wird der teilstrukturierte Fragebogen (siehe Anhang 1, Teil A) per E-Mail vorab zugesandt. Dies ist einerseits Zeit und Kosten sparend und ermöglicht andererseits den Befragten, sich entsprechend vorzubereiten und zu einer ihnen passenden Zeit in entsprechender Ausführlichkeit zu antworten. Außerdem ist die Auswertung der zurückgesandten Fragebögen zeitnah möglich, da die Daten bereits in digitalisierter Form vorliegen. Nach der Datenauswertung wird die schriftliche Befragung durch Telefoninterviews mit den Befragten mit entsprechenden Nach- und Präzisierungsfragen ergänzt. Der Interviewleitfaden (siehe Anhang, Teil B) dient u.a. dem Zweck, dass bei der Befragung möglichst alle relevanten Gesichtspunkte angesprochen werden und damit eine gewisse Vergleichbarkeit der Antworten verschiedener Befragter ermöglicht wird. Somit enthält er alle thematisch wichtigen Aspekte, die im Verlauf des Interviews angesprochen werden sollen. Die Fragen sind offen gestaltet, so dass den Befragten Spielraum bei der Beantwortung bleibt. Auch die Reihenfolge ist nicht im Vorfeld streng

festgelegt, sondern sie wird, genau wie auch die Formulierung der Fragen, dem individuellen Dialog angepasst. Bei den Interviews wird versucht, stark in die Tiefe zu gehen, die interviewten Personen ausführlich zu Wort kommen zu lassen und das gewonnene Material intensiv auszuwerten. Die Datenauswertung findet direkt im Anschluss an die Interviews durch Auswertung der Aufzeichnungen und schriftlichen Interviewprotokolle statt.

4.1.2 Standortauswahl

Das Forschungsdesign wurde abweichend vom ursprünglichen Design dahingehend geändert, dass von lediglich literaturbasierten Einzelfallstudien abgesehen wurde, dafür die Anzahl der interviewbasierten Einzelfallanalyse von sechs auf neun erhöht wurde. Dies ist darin begründet, dass die Einschätzung der Konfliktbedingungen durch die beteiligten Akteure als maßgebend für die tatsächliche Nutzung des Ratgebers eingeschätzt wird, da dieser deren Bedürfnissen nach Information und Unterstützung angepasst werden muss.

Die Bestimmung der Untersuchungsstandorte für die Einzelfallanalysen ergab sich aus folgenden Auswahlkriterien:

- aktuelle Konfliktstandorte, an denen zum Zeitpunkt der Erhebung ein Konflikt besteht
- Standorte, deren Konflikte in der Vergangenheit liegen und daher vor dem Hintergrund eines abgeschlossenen Konfliktverlaufs von Interesse sind
- Standorte, die bezüglich ihres speziellen Konfliktverlaufs bereits in wissenschaftlichen Arbeiten untersucht wurden, die aber durch diesen für das Projekt von besonderem Interesse sind
- Auskunftsbereitschaft der Akteure

Für die Auswahl der Standorte für die Einzelfallanalysen wurden folgende Recherchequellen herangezogen:

- Aktuelle Standorte aus der Medienanalyse⁷ sowie aus der aktuellen Medienberichterstattung lokaler und überregionaler Tageszeitungen
- Standorte, die aus bestehenden oder abgeschlossenen Projekten bzw. über dort geknüpfte Netzwerke bekannt sind

⁷ Vgl. Ulmer et al. 2005: Kapitel 4 und Anhang 2 und 3.

- Standorte, die durch Recherchen bei Institutionen wie z.B. Informationszentrum gegen Mobilfunk (IZGMF), Bürgerwelle e.V., Mobilfunk Bürgerforum e.V. etc. gewonnen wurden
- Standorte, die im Verlauf der Einzelfallanalysen von Interviewpartnern genannt wurden

Die tatsächliche Auswahl der endgültigen neun Standorte findet im Rahmen eines „theoretischen Samplings“⁸ während der Erhebungsphase statt. Diese Vorgehensweise ist geeignet, wenn die Merkmale der Grundgesamtheit vorab nicht bekannt sind und erlaubt eine mehrmalige Ziehung von Stichprobenelementen nach jeweils neu festzulegenden Kriterien. Das Sampling ist in diesem Fall beendet, wenn eine theoretische Sättigung erreicht ist, also keine neuen Argumente oder Muster mehr auftauchen (Vgl. Flick 1995: 83). Dies bedeutet, es werden Standorte gewählt, die sich in einem der in Kapitel 3 beschriebenen maßgebenden Kriterien möglichst weit von zuvor betrachteten Standorten unterscheiden. Wurde zum Beispiel zuerst eine Kommune zur Analyse ausgewählt, in der ein Konflikt an einem Standort außerhalb einer Siedlung aus ästhetischen Gründen (Landschafts- oder Denkmalschutz etc.) entbrannt ist, wird als nächstes eine Kommune gewählt, bei der ein Standort innerhalb eines Wohngebiets auf Grund gesundheitlicher Bedenken umstritten ist, usw. Dieses Vorgehen ist für ein qualitatives Design, bei dem keine Repräsentativität angestrebt wird, besonders geeignet, um eine möglichst große Bandbreite an unterschiedlichen Standorten – und damit Rahmenbedingungen und Konfliktverläufen – abdecken zu können. Auf diese Weise sollen Konflikte gefunden werden, die alle drei Konfliktstufen entsprechend des Ampelmodells abdecken. Eine Einteilung vor Durchführung der Interviews wurde vom Forschungsteam als nicht haltbar bewertet, da ein Einblick in die entscheidenden Rahmenbedingungen erst durch die Interviews in erforderlicher Ausführlichkeit möglich ist.

4.2 Darstellung erster Ergebnisse und Trends

Für die sich in der Durchführung befindlichen Einzelfallstudien – die Interviews mit den Mobilfunkbetreibern und Bürgerinitiativen stehen noch aus, da der Kontakt erst über die Kommunenvertreter hergestellt werden konnte – kann zu diesem Zeitpunkt lediglich über erste Trends berichtet werden; die vollständige Analyse wird im dritten

⁸ Zur schrittweisen Vorgehensweise beim theoretischen Sampling vgl. Flick 1995: S. 81ff; Glaser und Strauss 1979; Strauss und Corbin 1998; Zwick 2005.

Zwischenbericht erfolgen. Somit sind die im Folgenden dargestellten Ergebnisse sehr deskriptiv gehalten und lassen erst wenige Schlussfolgerungen zu. Der von den Kommunen ausgefüllte Fragebogen gab bereits einen ersten Einblick in das Konflikts geschehen vor Ort. Bei den Telefoninterviews, die durchschnittlich ca. 45 Minuten dauerten, konnten individuelle Nachfragen geklärt werden. Zusätzlich zu den Interviews mit den kommunalen Vertretern wurde ein ausführliches Gespräch mit der zuständigen Mitarbeiterin im Amt für Immissionsschutz des brandenburgischen Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz für Mobilfunk geführt. Ihre Aufgabe ist es, bei Problemen zwischen Kommunen, Mobilfunkbetreibern und Bürgern zu vermitteln, wodurch neben den Interviews mit Vertretern der drei genannten Parteien eine ganz andere Perspektive und neue Aspekte einer weiteren Schlüsselperson beleuchtet werden konnten. In den folgenden Unterkapiteln werden die ersten Ergebnisse in Reihenfolge des Fragebogens und Interviewablaufs dargestellt. Abschließend werden sie mit Ergebnissen des Zwischenberichts des Projekts „Unterstützung der Kooperation der Mobilfunkakteure durch die lokale Agenda 21“ und dem aktuellen Jahresgutachten zur Selbstverpflichtung⁹ verglichen. Auch dies ist mit den bisherigen Ergebnissen nur ansatzweise möglich; im dritten Zwischenbericht wird dann nach Abschluss der Einzelfallstudien eine tiefer gehende Analyse stattfinden können.

4.2.1 Konfliktverlauf

Als Auslöser von Konflikten wurden erwartungsgemäß verschiedene Ereignisse benannt, beispielsweise die Nähe zu sensiblen Gebäuden oder auch die Erweiterung einer bestehenden Anlage um UMTS. In einer niedersächsischen 34.000-Einwohner-Kommune gründete sich nach der Standortauswahl und Einreichung des Bauantrages eine Bürgerinitiative gegen die Errichtung einer Anlage in einem Naherholungs- und Landschaftsschutzgebiet wegen der erwarteten gestörten Ästhetik durch den Mast.

„Also gesundheitsmäßig nicht...es ging um Ästhetik, es ging um Erholung, Störung des Erholungsraumes dort oben, wobei es ist immer eine Frage, denn die Fläche, wo der entstanden ist, die ist eben gestört, das sieht man nur von hier unten nicht und ich habe die Vermutung, dass das auch einfach ein Kriegsschauplatz ist, weil es irgendwem nicht passt, dass der da hingekommen ist oder da hinkommen soll.“

⁹ agenda-transfer 2005; Difu 2005.

Dieser Konflikt besteht schon seit drei Jahren; die Anlage wurde – aufgrund einer Klage – bis heute nicht errichtet. Die gegründete Bürgerinitiative nutzt die örtliche Presse und Parteien zur Einflussnahme, hat erst kürzlich zu einem Gaststättenbetreiber direkt am Standort Kontakt aufgenommen bezüglich bestehender Grenzabstandsregelung. In der Presse wurde auch über die Kommune hinaus berichtet, dies beruhigte sich jedoch nach anderthalb Jahren. Die Presseberichterstattung war nach Empfinden des örtlichen Mobilfunkbeauftragten „kontra Verwaltung“ ausgerichtet und hatte starke Auswirkungen auf die Politik, da diese seiner Meinung nach durch mangelndes Fachwissen und durch den Wahlkampf sehr beeinflussbar ist, was die Bürger auch wüssten und nutzen würden. Die Bürgerinitiative stieß hierbei auf große Resonanz – es wurden fast 2000 Unterschriften gegen den Bau der Anlage gesammelt – was der Befragte darauf zurückführt, dass ein ehemaliger Kommunalpolitiker Mitbegründer der Bürgerinitiative war.

Über solche Unterschriftenaktionen wurde auch von anderen Mobilfunkbeauftragten berichtet. Darüber hinaus berichtete der Mobilfunkbeauftragte einer fränkischen 13.000-Einwohner-Kommune von folgendem Konflikt:

„Der Mobilfunkbetreiber hat den Suchkreis an die Stadtverwaltung übermittelt und wahrscheinlich gleichzeitig mit einem Hausbesitzer verhandelt. Auf Grund durchgesickelter Informationen haben die Nachbarn mit dem Hausbesitzer gesprochen, der wahrscheinlich schon abgeschlossene Vorvertrag wurde rückgängig gemacht. Bis jetzt wurde in diesem Bereich keine Mobilfunksendeanlage errichtet.“

Aus ihrer Erfahrung konnte die Zuständige vom Amt für Immissionsschutz in Brandenburg berichten, dass sich

„die meisten Konflikte [...] auf angezweifelte Messwerte beziehen (selbst unseres Landesamtes, erst recht der Betreiber) bzw. angezweifeltes Info-Material, auf unklare Ängste, insbesondere in der Nähe sensibler Einrichtungen. Uns trifft es immer dann, wenn die Bürgerdatenbank der BNetzA nicht die Realität widerspiegelt (Masten falsch oder gar nicht eingezeichnet sind), doch da sind wir gemeinsam dran.“

4.2.2 Standortsuche

Die meisten der bisher befragten kommunalen Vertreter gaben an, dass sich die Mobilfunkbetreiber, wie in der Verbändevereinbarung festgelegt, mit Suchkreisen, innerhalb derer ein Standort errichtet werden soll, an die Stadtverwaltung wendet. Die Stadt hat dann die Möglichkeit, eigene Grundstücke vorzuschlagen. Kommunale Liegenschaften und Gebäude werden meist, wenn möglich, angeboten. Es wurde die Tendenz sichtbar, dass in manchen Fällen auch der Betreiber seinen Wunschstandort vorschlägt, der nach einer Prüfung der Stadt dann akzeptiert wird oder es werden

alternative Standorte angeboten. Ein Mobilfunkbeauftragter berichtete, die Betreiber würden in unregelmäßigen Abständen mit ihrem Gesamtkonzept und neu angedachten Standorten auf ihn zukommen, z.B. bei einer Umstellung auf UMTS mit dadurch entstehender Verringerung der Anlagenabstände. Generell sei er sehr zufrieden, dass sich an das Vorgehen der Mobilfunkvereinbarung gehalten wird und dass der Ablauf der Standortsuche so gut funktioniere. Ein anderer Befragter wies darauf hin, wie wichtig gute Ortskenntnisse bei der Standortsuche seien und wie hilfreich das Geografische Informationssystem (GIS) sei.

Der kommunale Vertreter einer Großstadt in Nordrhein-Westfalen erzählte im telefonischen Interview von dem Grundsatz der Stadt, in der Nähe von sensiblen Gebäuden, wie Schulen, Kindertagesstätten und Krankenhäusern, in einem 100-Meter-Radius möglichst keine Anlagen zuzulassen. Die Betreiber haben von der Stadt die Daten mit den sensiblen Gebäuden erhalten mit der Bitte um Einhaltung des 100-Meter-Radius. Ist dies nicht möglich, dann muss der Betreiber die Schule oder Kindertagesstätte informieren und deren Reaktion abwarten. Die Betreiber haben zusammen mit dem Umweltamt einen Standardbrief entwickelt, mit dem sie die entsprechenden Einrichtungen über ihr Anliegen informieren und darauf hinweisen, dass der Standort mit dem städtischen Gesundheitsamt abgesprochen sei. Auf die 100-Meter-Grenze sei er gekommen, weil ab einem Abstand von 100 bis 150 Metern einer Sendeanlage die Strahlungsstärke beginnt, deutlich abzunehmen. Diese Grenze sei mehr aus psychologischen Aspekten heraus entstanden, um ein Signal zu setzen. Immerhin seien die Grenzwerte auch innerhalb des Radius weit unterschritten. Er sieht die 100 Meter nicht als feste Grenze, sondern prüft beispielsweise auch geplante Standorte in 120 Meter Entfernung zu sensiblen Gebäuden. Im Falle eines sehr hohen Mastes, kann die Sendeanlage auch durchaus näher an einer Kindertagesstätte oder ähnlichem stehen, da diese sich meistens im Erdgeschoss befindet und somit nur einer sehr geringen Strahlung ausgesetzt ist.

In Brandenburg, berichtete die Zuständige vom Amt für Immissionsschutz, gäbe es keinen standardisierten Prozess der Standortsuche, sondern es wird differenziert vorgegangen je nach Präferenz, was sie sehr begrüßt. Die Betreiber haben bei allen Landkreisen

„recherchiert, wie man es haben will. Wem reicht der Landkreis, wo muss man in die Gemeinde? Die bekommen dann die Vorstellungen der Betreiber, wobei sich alle vier zusammentun und sich das Land nach Gebieten aufteilen, um Synergien zu nutzen.

Die Kommunen fanden es meist gut, dass sie sich die Art der Verhandlung (wie weit runter) aussuchen konnten.“

Diese Vorgehensweise hätte den Vorteil, dass Bündelungen ermöglicht werden. So sucht ein Betreiber im Norden Standorte für alle Betreiber, ein anderer geht im Osten des Landes auf die Suche. Bezüglich der Kommunen sollten diese sich ihrer Meinung nach für Bündelung oder Entzerrung der Standorte als Ziel festlegen. Dies sei zwar aus physikalischen Gründen nicht immer die beste Lösung, jedoch sollte die Kommune „Entscheidungen treffen, zu denen sie dann auch steht“. Die Bürger müssen ein Profil der Kommune wahrnehmen, sonst stellt sich Missmut und Unsicherheit ein.

Die befragten Kommunen haben sich zumeist für eine Bündelung entschieden.

„Wir versuchen, wenn es irgend geht, eine Standortbündelung zu erreichen, bestehende Standorte dann eben mehrfach zu nutzen. Also die Zielvorgabe haben wir uns von Anfang an gesetzt. Aber das ist ja auch so niedergeschrieben in der Mobilfunkvereinbarung zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und Mobilfunkbetreibern – und das setzen wir eigentlich so um.“

Der Mobilfunkbeauftragte einer anderen Kommune gab an, die Bündelung sei nicht konkretes Ziel, jedoch seien sie eher dafür als dagegen, auch wenn von der politischen Seite her keine Vorgaben gemacht würden. Allerdings bemerkte er, dass Bündelungen auch Nachteile mit sich bringen können, da sie zu Unruhen in der Bevölkerung führen können. „Eine kleine Antenne geht noch, aber bei zehn wird es so manch einem langsam mulmig.“

Die Kommunikation und Abstimmung zwischen Politik und Verwaltung scheint für einige Kommunen problematisch zu sein. Es wird bemängelt, dass die Politik ohne das Fachwissen zu haben, Grundsatzentscheidungen trifft und sich über persönliche Beziehungen und politische Strategien – besonders zu Wahlkampf-Zeiten – in die Verwaltungsarbeit einmischt. Ein Befragter erzählte, die Politik wollte ein Mikrozellennetz in der Art von Wireless-LAN aufgebaut haben „ohne sich im Klaren zu sein, was das überhaupt ist“. Er gab an, dass dies jedoch nur für paar Häuserblocks möglich wäre, nicht für das halbe Stadtgebiet, „das versteht die Politik scheinbar nicht“.

Die interne Organisation bezüglich der Ansiedlung des Mobilfunkbeauftragten innerhalb der Kommune scheint sich nach bisherigen Ergebnissen stark zu unterscheiden. Vom Mobilfunkbeauftragten (Ingenieur) einer Großstadt wurde angegeben, dass von politischer Seite entschieden wurde, dass das Gesundheitsamt die koordinierende Aufgabe (z.B. Gespräche mit den Netzbetreibern) übernimmt. Die Baugenehmi-

gungsverfahren würden vollkommen getrennt davon im Bauamt laufen. Ein anderer Mobilfunkbeauftragter einer kleineren Kommune ist jedoch im Bauamt, in der technischen Bauabteilung, angesiedelt. Ein weiterer beim Fachbereich Bauordnung/ Bauaufsicht. Auch wenn er es von anderen Kommunen so kennt, dass diese Funktion im Bereich der Planung angesiedelt ist, wurde der Befragte als Person vom Bürgermeister bestimmt – „das hat der Bürgermeister so festgelegt und jetzt leide ich darunter sozusagen“. Die Nachteile für ihn bestünden in der „Ärgerei“ mit der Bürgerinitiative und der der Politik.

„Dass sie sich zusätzlich eigentlich Zeit ans Bein binden müssen, die eigentlich gar nicht in ihrer Stellenbeschreibung da ist und sie demzufolge auch noch in Sitzungen müssen, wo sie eigentlich normalerweise nicht rein müssen. Aber gut, das bringt der Job nun mit und damit kann ich umgehen, obwohl ich es eigentlich als Belastung empfinde.“

Jedoch hätte die Ansiedlung bei der Bauordnung auch den Vorteil, dass – dadurch, dass die Bauordnung rechtlich über der Planung steht – er die Kontrolle über die Planung hat.

4.2.3 Informationsbedarf

Insgesamt wurde das Angebot an Informationen als reichhaltig bewertet. Das Aneignen auch von tiefer gehendem Wissen sei besonders für die Gespräche mit den Bürgern unerlässlich. Die meisten Befragten fühlen sich für ihre Aufgabe ausreichend informiert. Einer gab an, wenn finanziell möglich, mindestens ein Mal im Jahr entsprechende Fortbildungen zu besuchen (z.B. vom Deutschen Städtetag oder Universitäten), um die Grundlage für einen fachlichen Austausch mit Kollegen, z.B. bei Messungen, zu schaffen.

Die Interviewte des Amtes für Immissionsschutz sieht durchaus noch Informationsbedarf auf Seiten der Kommunen. Wenn sich der kommunale Vertreter überfordert fühlt, wäre die Nachfrage nach Informationen groß. Um die Bürger ausreichend zu informieren, sollten die Vertreter z.B. wissen, dass es bezüglich der Strahlung einen „Leuchtturmeffekt“ gibt, d.h. dass direkt unter dem Mast kaum elektromagnetische Strahlung gemessen werden kann, sondern eher in der Ferne. Auch würden Risikovergleiche bei den Bürgern gut ankommen, z.B. dass das elektromagnetische Feld, das der Elektrorasierer allmorgentlich direkt am Kopf verursacht, viel stärker ist als das der Mobilfunksendeanlage nebenan. Mit solchen Beispielen aus dem alltäglichen Leben könne man die Bürger am besten überzeugen, nicht mit reinem Fachwissen.

Außer dem technischen Hintergrundwissen, würden die Kommunen besonders rechtliche Informationen benötigen. Aus Unwissenheit werde beispielsweise die Frist von acht Wochen nach Standortbekanntgabe zum Vorschlagen von Alternativstandorten, die jedoch nicht einklagbar ist, – sowie rechtliche Spielräume – nicht ausgenutzt.

Ihrer Meinung nach seien die Kommunen bei den Ämtern für Immissionsschutz am besten beraten. Jedoch wenden sich kaum kommunale Vertreter an sie, hauptsächlich Bürger und Netzbetreiber (meist mit konkreten Standorten, wo es Probleme gibt). Sie gab an, dass man mit ihnen die Kontakte aufwendig pflegen müsste, immer mal wieder dort anrufen und sich in Erinnerung bringen, „sonst trauen die sich da nicht“.

Die Verbändevereinbarung war in den meisten Fällen bekannt. Auf Veranstaltungen des Amtes für Immissionsschutz von Brandenburg zusammen mit dem Städte- und Gemeindebund wurde darauf hingewiesen.

Als problematisch werden Informationen über gesundheitliche Risiken von Mobilfunksendeanlagen betrachtet:

„[...] sind die Positionen hinsichtlich der Gesundheitsgefahren durch Mobilfunk derartig weit auseinanderliegend, dass man sich persönlich entscheiden muss, welcher der beiden Parteien man mehr Glauben schenkt. Günstig für eine Vermittlung von Informationen wären möglichst neutrale Institutionen.“

Darüber hinaus zeigte noch ein weiterer Befragter großes Interesse an Langzeitstudien über gesundheitliche Auswirkungen von Elektrosmog.

4.2.4 Kooperation von Kommunen bei der Standortsuche

Die Frage nach einer Zusammenarbeit mit anderen Kommunen im Zusammenhang mit der Standortortplanung von Mobilfunksendeanlagen wurde in allen bisher zurückgeschickten Fragebögen und in allen durchgeführten Interviews verneint. Auch Konkurrenzsituationen mit anderen Kommunen gab es in den befragten Kommunen bisher nicht. In einem Fall wurde lediglich von einer Zusammenarbeit mit anderen Kommunen bei der Antragstellung für Messungen im Rahmen des FEE-2-Projekts¹⁰ berichtet. Auch die Zuständige des Amtes für Immissionsschutz weiß bisher nichts von solchen Kooperationen. Generell hält sie es aber für empfehlenswert. Jedoch muss man dabei vorsichtig sein, dass die Kommunen sich nicht vorwerfen, mit der

¹⁰ Das FEE-2-Projekt des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz beinhaltet die Kostenübernahme für Immissionsmessungen, vgl. Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz 2005.

Anlage auf dem Gebiet der Nachbarkommune den „schwarzen Peter“ zuschieben zu wollen.

4.2.5 Beurteilung der Kooperation von Kommune und Netzbetreiber

Zuerst wurde hier nach der Vorgehensweise bei der Zusammenarbeit mit den Netzbetreibern gefragt. „Wir sind erst sehr spät mit ins Spiel gekommen“, wurde diesbezüglich geklagt. Ein Mobilfunkbeauftragter hielt es für einen Fehler, dass zu Beginn Anlagen gebaut wurden, ohne in der Kommune anzufragen. Dann wurden jedoch mehrmals Runde Tische mit allen Netzbetreibern (jeweils ein Vertreter aus dem Management und ein Sachbearbeiter) organisiert, wo sich spätestens alle kennen gelernt haben. Die Betreiber wissen, welche Antenne zu wem gehört und streben die Bündelung von Standorten an, soweit der Gebäude-/Grundstückeigentümer damit einverstanden ist. Er selbst hat den Eindruck, dass „auch die Betreiber untereinander einen guten Draht zueinander haben.“

Ein anderer Befragter erzählte, dass nach Abschluss der Mobilfunkvereinbarung zwischen den Kommunen und den Netzbetreibern seine Stelle des Mobilfunkbeauftragten bei der Stadt geschaffen wurde. Alle Vorgänge werden nun über diese Stelle koordiniert, somit auch die Kontakte mit den Netzbetreibern, wobei eine Standortbündelung angestrebt wird.

„Also nachdem die Verbändevereinbarung geschlossen wurde, hatten nach und nach alle Mobilfunkbetreiber, die Lizenzen ersteigert hatten, Kontakt mit der Kommune aufgenommen und die haben dann natürlich auch, ja von ihrer Seite aus, die Offenlegung gemacht, weil man eigentlich Mobilfunkkataster oder so was gar nicht hatte. Man konnte zwar nachvollziehen, wo die Antennen waren oder man hatte mal Zugang zu der Regulierungsbehörde mit den Standortbescheinigungen, aber die haben dann schon mal im Großen und Ganzen ihre Aufgabe dargestellt, in welcher Ausbaustufe die Stadt (*Name der Stadt*) betroffen wäre. Es gibt ja da verschiedene Stufen, wie Ballungszentren, Großräume, was weiß ich, und dann das platte Land, wozu ich (*Name der Stadt*) dazuzähle, und so grob über den Daumen, mit wie vielen Anlagen man vielleicht noch rechnen müsste. Also das wurde eigentlich von jedem [Betreiber] hier dargelegt. Und der Kontakt ist eigentlich immer noch geblieben, wird gepflegt wie es eigentlich vorgesehen ist. Das hat sich eigentlich so gut dargestellt, dass man heute viele Sachen telefonisch erledigt.“

Die Qualität der Zusammenarbeit wurde von zufrieden stellend bis gut bewertet. Es lässt sich nach den bisher durchgeführten Interviews die Tendenz erkennen, dass die meisten Mobilfunkbeauftragten sich rechtzeitig und ausreichend durch die Betreiber informiert fühlen. Ein Befragter beklagte jedoch Probleme mit einem Betreiber: „Wir haben seit zwei Jahren von (*Name des Betreibers*) nichts mehr gehört [...], als

wären sie gar nicht mehr da“. Es ist davon auszugehen, dass in diesem Zeitraum Anlagen gebaut wurden, ohne die Stadt zu informieren. „Die brauchen doch in den meisten Fällen keine Baugenehmigung“. Der Mobilfunkbeauftragte sprach von über 1000 Anlagen in der Stadt und dass er nicht genau wüsste, welche Anlage neu hinzukam und erst recht nicht von welchem Betreiber. Er hat bereits mehrmals an den Betreiber geschrieben, erst kürzlich als er von einer Antenne hörte, die angeblich von diesem Betreiber sein soll. Es kam jedoch nie eine Antwort zurück. Die Netzbetreiber wüssten auch alle, dass er seit drei bis vier Jahren der Ansprechpartner sei, diesbezüglich dürfte es keine Missverständnisse geben. Die anderen drei Netzbetreiber würden ihn aber regelmäßig ein oder zwei Mal im Jahr mit aktualisierten Listen informieren. Er war auch schon öfters bei den anderen Netzbetreibern vor Ort, um sich Informationen zu holen und sich Immissionssimulationen anzusehen und hat einen guten Eindruck bezüglich der Zusammenarbeit, „dass die schon bemüht sind, ein faires Spiel zu spielen“.

Die Zuständige des Amtes für Immissionsschutz bewertet die Zusammenarbeit der Kommunen in Brandenburg mit den Netzbetreibern sogar als „sehr gut“. Die meisten Kommunen wären zufrieden. Die Qualität hänge jedoch in den verschiedenen Bundesländern von den jeweiligen Kontaktpersonen ab.

4.2.6 Protestverhalten in der Bevölkerung und Maßnahmen der Kommune

Die durchgeführten Interviews bestätigten, dass es auch aktuell immer wieder zu Protesten, z.B. in Form von Unterschriftensammlungen gegen den Bau einer Sendeanlage, kommt. Der Befragte einer Großstadt stellte aber fest, dass die Beschwerden mittlerweile zurückgehen, es aber seiner Vermutung nach in ländlichen Gebieten anders aussieht: „Da fangen sie ja jetzt erst so richtig an“. In allen befragten Kommunen wurde auf die Proteste mit Informationsmaßnahmen reagiert. Es wurde z.B. auf die Initiative der betroffenen Anwohner eine öffentliche Informationsveranstaltung durchgeführt; es wurden Informationen im Internet präsentiert und Informationsblätter in der Bevölkerung verteilt. In einem Fall wurde ein Mobilfunkordner für interessierte Bürger bei der Stadt angelegt, eine Informationsmappe, die im Bürgerbüro ausliegt und u.a. Informationen über Baurecht, Planungsrecht und aktuelle Urteile enthält. Die Erstellung hätte wochenlange Arbeit bedeutet, die sich keinesfalls gelohnt hätte. „Ich glaube, da haben zehn Leute hier reingeschaut seitdem wir die haben“. Darüber hin-

aus hat die Kommune zusammen mit dem Betreiber eine Informationsveranstaltung durchgeführt. Auslöser war die Gründung einer Bürgerinitiative und die Übergabe von fast 2000 Unterschriften gegen die Mobilfunksendeanlage. Der Termin wurde in der Presse veröffentlicht und man ging wegen der vielen Unterschriften von großem Interesse aus. „Und tatsächlich saßen etwa 15 interessierte Bürger da, wobei dann zehn dagegen, fünf dafür waren, so dass die sich fast in die Wolle gekriegt haben.“ Der Betreiber hat einen Vortrag gehalten, der seiner Meinung nach gut nachvollziehbar war, aber

„wenn sie davon überzeugt sind, dass, ich sag jetzt mal, die Strahlung sie schädigt, dann kriegen sie die da nicht runter. [...] Den absoluten Hardlinern, den brauchen sie nichts zu erzählen, die kriegen sie nicht von ihrem Standpunkt runter und die sind dagegen und das war's.“

Die Fronten seien schon so verhärtet, dass eine sachliche Diskussion nicht mehr möglich wäre.

Teilweise wurde auch von Runden Tischen berichtet. In einem Fall beispielsweise stellten die Betreiber den Bürgern zuerst ihre Ausbaupläne vor, anschließend wurde über die Grenzwerte diskutiert. Ein anderer Mobilfunkbeauftragter berichtete, dass in seiner Kommune, die Beschwerden mit dem größten Konfliktpotenzial rausgesucht wurden und Bürgerinitiativen und Netzbetreiber zusammen in das zuständige Gesundheitsamt eingeladen wurden. Die Moderation erfolgte von extern. Anfangs gab es hierbei Probleme durch die verhärteten Fronten zwischen Bürgern und Betreibern: „Die trauen sich einfach gegenseitig nicht über den Weg.“ Nach drei Gesprächen kamen sie jedoch zu dem Ergebnis, dass die Betreiber Messungen anboten, die vom Gesundheitsamt begleitet wurden. Die Bürgerinitiative bestimmte, wo gemessen wird. Die Messergebnisse waren anschließend für jeden einsehbar. Diese Maßnahme hat zu einem besseren Informationsstand geführt. Die Bürger wurden durch die Beteiligung beruhigt, fühlten sich ernst genommen.

Die meisten Befragten berichteten über die Durchführung von Messungen. In einer Kommune fanden im März 2006 Messungen an 20 Messpunkten mit anschließendem Vortrag der Ergebnisse durch den Auftragnehmer statt. In einer anderen Kommune wurden Messungen sowohl auf Initiative der Betreiber als auch durch externe Fachleute durchgeführt. Die Ergebnisse zeigten jeweils weite Unterschreitungen der zulässigen Grenzwerte.

Die Interviewte aus dem Amt für Immissionsschutz konnte in den letzten Jahren ein gleich bleibendes Protestverhalten feststellen, nachdem es vor einigen Jahren abgenommen hatte. Die meisten Beschwerden kämen von „Westberlinern, die aufs flache Land gezogen sind.“ Sie informiert selbst die Bürger, indem sie Informationsmaterial verschickt und gelegentlich längere Gespräche am Telefon mit ihnen führt. Auch werden die Betreiber gebeten, vor Ort zu gehen, wenn Erklärungen notwendig sind. Es zeige sich immer wieder, dass Offenheit und ehrliche Information gegenüber den Bürgern sehr wichtig ist. Die beste Konfliktlösungsmaßnahme, wenn es um die Standortplanung geht, ist ihrer Meinung nach ein Runder Tisch mit Kommune, Bürger und Betreiber. Bei konkreten Bedenken von einzelnen Bürgern sind Messungen am effektivsten. „Eine Hälfte der Bürger ist schon mit Info-Material zufrieden, der anderen Hälfte muss man einen Messtrupp vorbeischieken.“ Manche Bürger würden auf unabhängige Messungen bestehen, die sie dann privat zahlen müssten. Sind die Bürger durch die Anlage direkt betroffen – wobei die Bewertung, wie dies auszulegen ist, im Ermessen der Behörde liegt – dann bekommen sie die Messung durch das Landesamt kostenlos. Wohnen sie z.B. 500 Meter von der Anlage entfernt, müssten sie beispielsweise 200 € dafür zahlen. Außer dem Landesamt führt auch die Bundesnetzagentur Messungen durch, insgesamt würden ca. drei Mal im Monat Messungen durchgeführt werden. Das Landesamt gibt im Anschluss daran einen „ordentlichen physikalischen Messbericht“ heraus. Bemängelt wurde von ihr, dass die Bundesnetzagentur nur relative Werte (in Prozent vom Grenzwert) und keine absoluten angibt. Ihrer Meinung nach könnten die Bürger sich unter relativen Werten nichts vorstellen, sie wollen Vergleiche mit alltäglichen Werten, z.B. mit dem eines Rasierapparates.

Zusammenfassend kann das Verhalten der kommunalen Akteure tendenziell als reaktiv beschrieben werden. Erst mit der Verbändevereinbarung und dem Einsetzen von Mobilfunkbeauftragten wurden Strukturen aufgebaut, die sowohl die Abwicklung der Standortplanung mit den Betreibern als auch die Kommunikation mit der Bevölkerung regeln. Dies wurde von den meisten Befragten als zu spät empfunden, wie bereits unter 4.2.5 beschrieben.

4.2.7 Bekanntheit und Bewertung von vorhandenen Leitfäden

Es wurde bereits im schriftlichen Fragebogen vor den Interviews erfragt, welche Informationsmaterialien (insbesondere Leitfäden) zum Umgang mit Standortkonflikten

bekannt sind und wie sie bewertet werden. Hier wurde in den meisten Fällen angegeben, dass das Informationsangebot sehr reichhaltig, aber für eine schnelle Informationsbeschaffung nicht optimal strukturiert sei. Einzelne Titel und auch konkrete Literatur konnten kaum benannt werden. Ein Befragter nannte „Risiko Mobilfunk“ (Revermann 2003) in seinem ausgefüllten Fragebogen, ebenfalls das Infopaket Mobilfunk des Informationszentrums Mobilfunk. In einem Interview konnte sich der Mobilfunkbeauftragte dann doch noch an einen Leitfaden erinnern: „Erfolgreiche Abstimmungsprozesse beim Aufbau der Mobilfunknetze“ – Heft 6 des oben genannten Infopaketes.

Nach Einschätzung der Mobilfunkzuständigen des Amtes für Immissionsschutz Brandenburg kennen ca. 50% der kommunalen Vertreter derartige Informationsmaterialien, wobei davon auszugehen sei, dass betroffene Kommunen darüber hinaus weitere Informationen dankbar annehmen würden. Leitfäden im eigentlichen Sinne wären jedoch weit weniger bekannt. Die Kommunen müssten dringend besser informiert werden, um diese Informationen an die Bürger weitergeben zu können und sie in die Lage zu versetzen, leichter wichtige Entscheidungen zu treffen. Dabei sei ihrer Meinung nach ein Kapitel mit technischen Grundlagen im Leitfaden empfehlenswert, da die kommunalen Vertreter selten einen technischen Hintergrund haben. Es ist davon auszugehen, dass die Spanne diesbezüglichen Wissens der Zuständigen in den Kommunen sehr groß ist. Es wurde z.B. ein Interview mit einem im Gesundheitsamt ansässigen Ingenieur geführt, der berichtete, sich das technische Wissen zum Thema Mobilfunksendeanlagen sehr leicht angeeignet zu haben. Durch die Größe des Gesundheitsamtes können die Aufgaben dort speziell verteilt werden, was in kleineren Kommunen nicht in dem Ausmaß möglich wäre. So kann er z.B., wenn es um gesundheitliche Bewertungen geht, die Mediziner im Hause hinzuziehen. Neben technischen Hintergrundinformationen ergaben die bereits durchgeführten Interviews mit den Kommunen erste Hinweise, dass rechtliche Grundlagen ebenfalls von besonderem Interesse sind und im Online-Ratgeber entsprechend berücksichtigt werden sollten. Wie bereits in Kapitel 4.2.3 erwähnt, vermutet die Zuständige aus dem Amt für Immissionsschutz ebenfalls eine Wissenslücke der Mobilfunkbeauftragten im Bereich rechtlicher Spielräume. Hierzu schlägt sie vor, in dem zu erstellenden Ratgeber ausdrücklich auf die Mobilfunkvereinbarung und entsprechende Fristen hinzuweisen.

Auf die telefonische Frage, wie ein Leitfaden denn idealer Weise aussehen müsste, antwortete ein kommunaler Vertreter:

„Es muss der passende Leitfaden sein. Wenn ich den zur rechten Zeit gefunden hätte – vielleicht gab es ihn, ich hab ihn nur nicht gesehen – dann hätte mir das sicherlich geholfen. Aber der muss ja auch immer für die entsprechenden Situationen ein bisschen passen. [...] Heute beschwert sich die BI und hat ganz andere Probleme wie die nächste. Das muss passen. Wenn es gerade passt, dann ist der Leitfaden gut, wenn es nicht passt, dann eben nicht.“

Den Vorschlag eines modular aufgebauten Ratgebers, um den unterschiedlichen Situationen und Bürgeranfragen besser gerecht zu werden, hielt er für eine gute Idee. Es wurde weiter nachgefragt, in welcher Form er denn solch einen Ratgeber für geeignet halten würde.

„Ich denke, grade so ein modularer Leitfaden, das wäre natürlich gut im Internet, weil man sich da so ziemlich gezielt durch bewegen könnte. [...] So zum selber durcharbeiten ist natürlich so was im Internet prima, wo man eben – zack – einfach weiterklickt. Wo man auch Suchsysteme hat. Wenn man das alles lesen muss, wenn man da so zehn Seiten Leitfaden als Papierform hat – na ja, der Sachbearbeiter liest das vielleicht noch, sonst doch keiner mehr.“

Einen Hinweis zur Dissemination des Internet-Ratgebers wurde durch die Zuständige des Amtes für Immissionsschutz Brandenburg gegeben. Da sie – bezogen auf Brandenburg – vermutet, dass ein Ratgeber, der ohne weitere Maßnahmen ins Internet gestellt wird, ebenfalls kaum angewendet wird, schlägt sie vor, alle Landkreise auf einer Veranstaltung zusammenzuholen und den Ratgeber dort vorzustellen und seine Anwendungsweise im Internet zu erklären. Viele Zuständige in den Kommunen wüssten gar nicht, wie man an solch einen Ratgeber rankommt; sie bräuchten genaue Instruktionen. Dazu wäre ihrer Meinung nach eine Veranstaltung zusammen mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund sinnvoll. Etwas Derartiges fand bereits in Zusammenarbeit mit dem brandenburgischen Ministerium statt, wo unter anderem auch die Verbändevereinbarung vorgestellt wurde.

4.3 Vergleich mit Ergebnissen anderer Studien

Im „Jahresgutachten 2005 zur Umsetzung der Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber“ wurde festgestellt, dass die Zahl der Standort-Konflikte trotz nachweisbar verbesserter Kommunikationsprozesse nicht wesentlich abgenommen hat, wobei sich in kleineren Kommunen häufigere Konflikte finden (vgl. Difu 2005: 10). Dies konnte auch in den bisherigen Interviews des Auftragnehmers bestätigt werden. Es wurde von abnehmenden Konflikten vor einigen Jahren berichtet, mitt-

lerweile würde das Niveau allerdings stagnieren. Auch wurde mehrmals vermutet, dass ländliche Kommunen derzeit die größeren Probleme mit Konflikten hätten, wobei hier besonders die Personen, die vor nicht allzu langer Zeit mit naturromantischen Vorstellungen von der Großstadt in die ländliche Umgebung zogen, besonders sensibel auf das durch die Bewohner wahrgenommene von Mobilfunkanlagen ausgehende Risiko reagieren und von ihnen daher ein besonders großes Konfliktpotenzial ausgeht.

Das Ergebnis des Gutachtens, dass die Ablehnungsquote der kommunalen Standortvorschläge relativ hoch ist (zumeist aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen) (vgl. ebda.: 39f) wurde von einem kommunalen Vertreter einer Großstadt ebenfalls bestätigt. Die Betreiber würden die angebotenen Liegenschaften nur einzeln nutzen. An den Gebäuden der Stadt besteht kein Interesse; nähere Angaben konnte er dazu nicht machen. Des Weiteren haben sowohl das Jahresgutachten als auch die ersten hier vorliegenden Ergebnisse gezeigt, dass sich zur Entkräftung der Sorgen bezüglich gesundheitlicher Risiken besonders Messungen als hilfreich erwiesen haben (vgl. ebda.: 55f).

Laut Jahresgutachten gaben 32% der Kommunen an, selten oder nie über den Sendebeginn informiert worden zu sein. Hierbei wird das Problem darin gesehen, dass besonders in kleinen Kommunen die Ansprechpartner häufig unklar wären und die Informationen nicht in die richtigen Kommunikationskanäle fließen würden (vgl. ebda.: 28f). In den bisher durchgeführten Interviews ist dies jedoch nicht der Fall. Bis auf die Probleme eines kommunalen Vertreters einer Großstadt mit einem Netzbetreiber, fühlten sich die Befragten durch die Betreiber durchweg gut informiert. Auch in kleinen Kommunen scheinen die Ansprechpartner eindeutig zu sein; bei den befragten Kommunen gab es keinerlei Probleme, den Ansprechpartner – bei denen es sich in den meisten Fällen konkret um Mobilfunkbeauftragte handelte – ausfindig zu machen; oft waren die Kontaktdaten direkt im Internet auffindbar.

Im Jahresgutachten wurde festgestellt, dass die Betreiber die Kommunen am häufigsten mit IZMF-Material versorgen. Auch die zuvor dargestellten Ergebnisse zeigten einen hohen Bekanntheitsgrad dieser Produkte bei den Kommunen. Jedoch hatten die Befragungen des Difu ergeben, dass die Nachfrage der Kommunen nach diesem Material gering ist und deren Bekanntheitsgrad erhöht werden müsste. Als problematisch wird gesehen, dass die Maßnahmen des IZMF als betreiberfreundlich oder ein-

seitig angesehen werden könnten (vgl. ebda.: 50f). Dieses Problem wurde auch von der Interviewten des Amtes für Immissionsschutz erwähnt, sie hätte auch wahrgenommen, dass das IZMF bei den Kommunen nicht gut angesehen ist und würde oft mit dem Satz „Das ist doch betreiberfinanziert“ konfrontiert werden.

Als Auslöser für einen Mobilfunk-Dialog wurden in dem Projekt „Unterstützung der Kooperation der Mobilfunkakteure durch die lokale Agenda 21“ „äußere Anlässe“, insbesondere Beschwerden von Bürgern, Aktivitäten der Presse sowie die Gründung von Bürgerinitiativen genannt (vgl. agenda-transfer 2005: 23, 25). Die Entstehung von Dialog-Strukturen wird an dieser Stelle als reaktives Verhalten der kommunalen Akteure beschrieben. Dieses Ergebnis konnte in den bisher durchgeführten Interviews bestätigt werden. Der Aufbau von Strukturen und standardisierten Vorgehensweisen wurde von den meisten Interviewpartnern als sehr spät im Prozess des Netzaufbaus bewertet. Erst mit der Verbändevereinbarung und dem Einsetzen von Mobilfunkbeauftragten hat eine Entwicklung in Richtung Aufbau von Dialogstrukturen stattgefunden (siehe Kapitel 4.2.5 und 4.2.6).

Auch die Zwickmühlensituation der kommunalen Vertreter, die aus dem Bewusstsein resultiert, „dass sie keinerlei formales Recht haben, auf Standortentscheidungen einzuwirken“ (agenda-transfer 2005: 24) wurde in den durchgeführten Interviews bestätigt. Die Mobilfunkbeauftragten beriefen sich bei der Beschreibung ihrer Handlungsspielräume wiederholt auf die Möglichkeiten der Verbändevereinbarung. Ebenfalls bestätigt werden konnten Aussagen, dass eine darüber hinausgehende Kooperation mit den Mobilfunkbetreibern nur auf der „informellen Ebene“ (vgl. ebda.) möglich ist. Diese informelle Zusammenarbeit wurde jedoch von den Mobilfunkbeauftragten überwiegend als gut bewertet (vgl. Kapitel 4.2.5).

Eine weitere zentrale Problematik, die im Agenda-Projekt dargestellt wurde, ist, dass die kommunalen Akteure sich nicht in der Lage fühlen, die Debatte um gesundheitsschädliche Auswirkungen elektromagnetischer Felder zu führen, da diese „nach dem gegenwärtigen Forschungsstand empirisch nicht nachweisbar sind und lediglich auf Annahmen und Wahrscheinlichkeiten beruhen“ (agenda-transfer 2005: 26). Dass dies den Dialog mit der Öffentlichkeit empfindlich stören kann, wurde auch in den hier durchgeführten Interviews mehrfach benannt und als zentral für die oft resultierende Blockadehaltung so genannter „Hardliner“ beurteilt (vgl. Kapitel 4.2.6). Diesem Sachverhalt, der hier im Bereich von Mobilfunk die Problematik der Kommunikation wis-

senschaftlicher Unsicherheit vor Augen führt, stehen die kommunalen Akteure derzeit größtenteils hilflos gegenüber.

5 Konzeption des Ratgebers für die Kommunen

Die bislang entwickelte Struktur für den Online-Ratgeber wurde insbesondere aus den Empfehlungen und Praxistipps der Kommunen (Einzelfallanalysen, vgl. Kapitel 4.2) abgeleitet. Die Analyse der bisher erschienenen Leitfäden ergab weitere Hinweise für die Aufmachung und Struktur des Ratgebers. Die in den Einzelfallanalysen gestellten Fragen sind zielgerichtet auf den Online-Ratgeber ausgerichtet, um die Ratgeber-Struktur an den Bedürfnissen der späteren Anwender auszurichten. Im Folgenden wird die geplante Struktur des zu erstellenden Ratgebers mit seinen vorgesehenen Inhalten vorgestellt und erläutert. Der Bedarf an einem Ratgeber ergibt sich für die Autoren aus den Einzelfallinterviews: die Stichproben-Interviews zeigen, dass Informationsbedarf besteht und die Kommunen insbesondere schlicht die Verbändevereinbarung als „Ratgeber“ nutzen. Die vorhandenen Leitfäden erfüllen in verschiedenen Punkten nicht das Anforderungsprofil der Kommunen. Insbesondere wurde die Unabhängigkeit der Autoren bzw. Herausgeber, Kürze des Leitfadens sowie problemorientierte bzw. auf die Kommune zugeschnittene Information gefordert.

5.1 Aufmachung und logischer Aufbau des Ratgebers

Der Auftragnehmer hat sich in Abstimmung mit dem Auftraggeber entschieden, von der Erstellung des Leitfadens als Printmedium sowie einer interaktiven CD abzusehen. Stattdessen werden die verfügbaren Mittel in die Produktion eines internetfähigen Online-Ratgebers investiert, da eine professionelle Internetvariante des Ratgebers entscheidende Vorteile bietet. Eine interaktive CD müsste beispielsweise erst bestellt, versendet und installiert werden, was zu Problemen durch verschiedene Betriebssysteme führen kann. Die Bereitschaft zur Installation einer CD, die per Post zugestellt wird, kann grundsätzlich geringer eingestuft werden als die Bereitschaft eine Internetseite zu besuchen. Die Alternative „Print“ wurde sowohl aus Kostengründen als auch auf Grund der schlechteren Möglichkeiten, ein vernetztes Inhaltsverzeichnis abzubilden, im Vergleich zum Internet als schlechter erachtet. Das Internet ermöglicht am Besten, den angedachten Aufbau des Ratgebers abzubilden.

Der internetbasierte Ratgeber befähigt den Anwender zu problemorientiertem Suchen durch Eingabe der gesuchten Begriffe in die Suchfunktion. So können Inhalte schnell abgefragt werden. Aus den Einzelfallanalysen ist dem Auftragnehmer bekannt, dass insbesondere das schnelle Auffinden der gewünschten Information ein wichtiger Faktor ist, um die grundsätzliche Recherchebereitschaft des kommunalen Mitarbeiters zum Thema Mobilfunk zu erhöhen. Mit dem Internetmedium kann man dem Anwender leicht ersichtlich machen, dass er im Online-Ratgeber vor allem schnell die „richtigen“ bzw. gesuchten Informationen auffinden kann. Zusätzlich ermöglicht die Internetnavigation ein schnelles Zurechtfinden. Als weiterer wichtiger Vorteil wird gesehen, dass dem Problem einer möglichen Informationsüberfrachtung entgegen gewirkt werden kann, indem weiterführende Informationen nur über das Anklicken von Links angezeigt werden.

Hauptvorteil des Internets stellt jedoch die Möglichkeit dar, dem Anwender nach Ankreuzen von Multiple-Choice-Fragen eine zielgruppengerechte Ausgabe von Texten – die modular zusammengefügt werden – anzuzeigen. Die einzelnen Bausteine können ergänzend auch über die Internetnavigation direkt angesteuert werden. Die Selbsteinschätzung (Multiple-Choice-Abfrage) der Kommunen dient – wie beschrieben – zur Erfassung der Konfliktsituation. Es wird sowohl die allgemeine als auch die konfliktbezogene Situation erfragt. Im Hinblick auf erstere ist z.B. die Größe der Kommune und die soziale Zusammensetzung der Bewohner von Interesse – wohnen in der Kommune viele neu Hinzugezogene oder handelt es sich eher um eine persistierende Einwohnerschaft? Des Weiteren wird u.a. durch das Erfragen kommunaler Regeln und Netzwerke sowie der Existenz von Bürgerinitiativen das Mobilisierungspotenzial ergründet werden. Bezüglich der konfliktbezogenen Situation spielt z.B. die Nähe der Mobilfunksendeanlage zu sensiblen Orten eine Rolle oder auch der Ablauf früherer Anlagenerrichtungen.

Bereits während des Ausfüllens des Online-Fragebogens erscheinen bei einigen Fragen und bei bestimmten Antworten bzw. Antwortkombinationen Textfelder auf dem Bildschirm, die individuelle Hinweise und Tipps geben. Wird zum Beispiel der Frage, ob eher private Gebäude als Standort bevorzugt werden, zugestimmt, wird darauf hingewiesen, dass die Möglichkeit besteht, gezielt kommunale Liegenschaften anzubieten, um das Konfliktpotenzial zu reduzieren. Die einzelnen Antworten geben bereits einen Hinweis auf das Ausmaß des Konflikts, jedoch soll eine abschließende Auswertung erst erfolgen, nachdem der Fragebogen komplett ausgefüllt wurde. Da

die Kriterien und somit die jeweiligen Antworten unterschiedlich gewichtet werden, ist eine Einstufung in eine Konfliktstufe erst am Ende des Fragebogens sinnvoll. Die Konfliktstärke wird hierbei idealtypisch in Ampelphasen eingeteilt, wobei je nach Phase – rot, gelb oder grün – ein Text mit Hinweisen für die weitere Vorgehensweise erscheint. Aufbauend auf die Einstufung der Situation der Kommunen werden entsprechende Informations-, Kommunikations- und/oder Partizipationsmaßnahmen empfohlen sowie deren praktische Durchführung ausführlich und anschaulich dargestellt. Diese Maßnahmen werden dann auch im Nachhinein leicht wieder zu finden und herunter zu laden sein, ohne dass der kommunale Vertreter den Fragebogen erneut durchlaufen muss. Davon abgesehen ist jedoch ein mehrmaliges Ausfüllen in gewissen zeitlichen Abständen durchaus wünschenswert, um die Konfliktstärke regelmäßig überprüfen zu können und gegebenenfalls rechtzeitig zu reagieren, wenn z.B. ein gelber Standort durch nachteilige Entwicklungen in der Kommune zu einem roten wird.

Neben der Konflikteinstufung und den Maßnahmenempfehlungen ist es eine wichtige Aufgabe des Leitfadens, den Kommunen Hintergrundinformationen zu liefern. Wie die bisherigen Interviews mit den Kommunen ergeben haben, besteht hier noch immer Informationsbedarf (siehe Kapitel 4). Gefordert sind gut aufbereitete Informationen zu den Themen „Rechtliche Grundlagen“ (Bundesimmissionsschutzgesetz, Bauplanungsrecht, Bauordnungsrecht, etc.) und deren Bedeutung für das eigene Vorgehen in der Kommune. Wichtig ist es hierbei, die Kommunen über Vorgehensweisen, die einzuhalten sind (z.B. Fristen), in Kenntnis zu setzen und Handlungsempfehlungen zu geben. Vorlagen für Faxe/E-Mails an die Mobilfunknetzbetreiber können dazu dienen, die Kommunikation zwischen Kommunen und Betreibern zu erleichtern. Insbesondere wurden aber allgemeine Hinweise zur grundsätzlichen Vorgehensweise gefordert, die auf den Erfahrungen mit dem Netzausbau der letzten Jahre basieren.

5.2 Inhalte des Online-Ratgebers

Der Online-Ratgeber richtet sich mit seinen Inhalten nach dem Informationsbedarf der Anwender in den Kommunen. Der Mitarbeiter soll in die Lage versetzt werden, „trittsicher“ zum Thema Standortplanung für Mobilfunksendeanlagen kommunizieren zu können. Grundsätzlich sollen Mitarbeiter insbesondere für folgende Themen/Situationen vorbereitet sein:

- Bürgergespräch bzw. Gespräche mit Konfliktparteien und Bürgerinitiativen
- Abstimmungsgespräche mit dem Netzbetreiber auf „Augenhöhe“
- Befähigung zur Entwicklung von Strategien und Positionen der Kommune und diese auch zu kommunizieren (beispielsweise die Strategie, dass besonders öffentliche Gebäude für die Bebauung zur Verfügung gestellt werden).

Der Ratgeber soll also informieren und Hilfestellung geben, eigene Standpunkte für die Mobilfunkdebatte zu entwickeln. Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass es im Gespräch mit dem Bürger wichtig ist, sich eine eigene und fundierte Meinung zum Thema Mobilfunk gebildet zu haben, um bei der Kommunikation glaubhaft zu sein. Die Themenblöcke, die im Rahmen des Ratgebers vorgestellt werden sind praxisorientiert aufbereitet. Die Praxisorientierung ergibt sich aus der Vorgehensweise der Produktion des Ratgebers. Die Auswahl der Inhalte ist hauptsächlich durch die Einzelfallanalysen, im Rahmen derer eine Bedürfnisanalyse der Kommunen stattfindet, zustande gekommen. Die Inhalte bzw. Empfehlungen des Ratgebers werden im weiteren Forschungsverlauf ergänzend durch die jeweiligen zuständigen Behörden bzw. „Praktiker“ auf Richtigkeit und Praktikabilität geprüft. Hierfür konnten Experten der Bürgerinitiativen, Kommunen, Bauämter, Netzbetreiber und des Vereins „Informationszentrum Mobilfunk“ gewonnen werden.

Um die Mitarbeiter in der Kommune für das Bürgergespräch, die Abstimmung mit den Netzbetreibern sowie für die Entwicklung eigener Standpunkte weiter zu qualifizieren, sind für den Ratgeber bislang folgende Inhalte vorgesehen:

Abfrage der spezifischen Situation vor Ort

Neben der grundsätzlich modular aufbereiteten Struktur des Ratgebers wird für den Anwender eine Vorauswahl an Texten getroffen, die auf seine Situation abgestimmt sind. Für die Zuordnung der entsprechenden Texte wird der Nutzer im ersten Schritt mit einem Multiple-Choice-Fragenblock konfrontiert. Auf Basis der Antworten findet online und in „Echtzeit“ eine Auswertung der Angaben statt, die es ermöglicht, einen benutzerbezogenen bzw. situationsspezifischen, vorformulierten Hinweistext auszugeben. Hierbei wird grundsätzlich in drei Ausgabe-Textmodule unterschieden, die in Abhängigkeit der Konfliktstufe (Ampelphase: „rot“, „gelb“, „grün“) bereitgestellt werden. Wobei einzelne Textbausteine schon während des Ausfüllens der Diagnose-

Fragen erscheinen. Hierbei handelt es sich um ergänzende Empfehlungen, die den konkreten Einzelabfragen zugeordnet werden.

Der „Ausgabetext“ wird entsprechend den „Ampelphasen“ adäquate Informationen bereitstellen und mögliche Vorgehensweisen bzw. Maßnahmen erläutern. Hierbei werden verschiedenste Kommunikationswege, Partizipationsverfahren, Dialogmaßnahmen (Runder Tisch, Mediationsverfahren, Offenes Haus, Podiumsdiskussion, Informationsverfahren) mit Vor- und Nachteilen erklärt. Konkrete Hinweise für die Empfehlungen sind aus den Einzelfallanalysen schon ablesbar. Beispielsweise wurden Messungen im Grunde für jede Ampelphase in den Analysen als sinnvoll erachtet.

Verbändevereinbarung und ergänzende rechtliche Hinweise

Die Mitarbeiter der Kommunen sollen eingängig aufbereitete Informationen zu den formalen Rahmenbedingungen des Netzausbaus in dieser Rubrik erhalten. Basierend auf den Erfahrungen von fünf Jahren Verbändevereinbarung bzw. den „Hinweise und Informationen zur Verbändevereinbarung über den Informationsaustausch und die Beteiligung der Kommunen beim Ausbau der Mobilfunknetze“ wird dieses Kapitel praxisorientiert aufbereitet. Die Einzelfallanalysen ergaben bislang einerseits die Bekanntheit der Verbändevereinbarung, andererseits konnten die konkreten Hinweise der Verbändevereinbarung oft nur sehr vage benannt werden bzw. wurde in Kapitel 4.2 erläutert, dass Bedarf an der Erläuterung der juristischen Sachverhalte (Baurecht) besteht.

Handlungsspielräume der Verbändevereinbarung und praktikable Anwendungsbeispiele sind der Schwerpunkt dieses Blocks. Die Erläuterungen zu den formalen Rahmenbedingungen sollen die Kommunen auf Abstimmungsgespräche mit den Netzbetreibern vorbereiten und sie dazu befähigen, formal „richtig“ zu handeln. Erfahrungen aus der Praxis, wie die theoretischen Vorgaben bislang am erfolgreichsten in der Praxis umgesetzt wurden, werden prägnant dargestellt. Hinweise auf mögliche Verfahrensfehler sollen erläutert werden (beispielsweise Probleme, die sich aus kartellrechtlichen Gründen ergeben können, weil einzelne Netzbetreiber „aus Versehen“ bevorzugt behandelt werden).

Diese Informationen dienen zum einen dem kommunalen Mitarbeiter, um den Abstimmungsprozess mit dem Netzbetreiber optimal gestalten zu können, zum anderen

ist die Basisinformation notwendig, um gegenüber dem Bürger kompetent Rede und Antwort stehen zu können. Der sichere Umgang mit dem Thema ist von großer Bedeutung für die Kommunikation mit dem Bürger.

Das Kapitel wird derzeit erarbeitet auf Basis der Erkenntnisse aus den Einzelfallinterviews, Hinweisen aus den Difu-Gutachten, Analyse der Verbändevereinbarung, Gesprächen mit den Netzbetreibern, Bürgerinitiativen und verschiedenen Ämtern in den Kommunen. Die Erläuterungen werden mit weiteren ergänzenden Hinweisen versehen, die sich aus den Erfahrungen nach fünf Jahren Verbändevereinbarung ergeben. Das Kapitel wird nach Fertigstellung noch einmal durch die an den Abstimmungsprozessen beteiligten Parteien auf seine Praxisorientierung hin geprüft.

Mobilfunk und Gesundheit

Das Thema Mobilfunk und Gesundheit steht entsprechend der Hinweise aus den Einzelfallanalysen direkt oder indirekt im Mittelpunkt der Diskussion und wird im Ratgeber ausführlich behandelt, um den Mobilfunkbeauftragten der Kommune Hilfestellung zu geben, sich eine eigene Meinung zu diesem Thema zu bilden. Nur so kann der Mobilfunkbeauftragte glaubhaft gegenüber kritischen Bürgern auftreten. Auch soll das Wissen helfen zu entscheiden, ob im Einzelfall sensible Gebäude in der einzelnen Gemeinde von der Bebauung aus Vorsorgegründen ausgelassen werden sollen bzw. ein Mindestabstand zu diesen Gebäuden einzuhalten ist. Gerade die „Abstandsdebatte“ wurde mehrfach als relevant in den Einzelfallanalysen benannt. Das Kapitel bereitet auf die häufigsten Argumente und Fragen der Bürger und Bürgerinitiativen vor. Argumente sollen richtig gestellt bzw. kommentiert und sinnvolle Risikovergleiche benannt werden. Das Kapitel entsteht auf Basis von wissenschaftlichen Studien zum Thema Mobilfunk und Gesundheit sowie in Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen.

Grundlagen Mobilfunk

Für das Gespräch mit dem Bürger und dem Netzbetreiber ist ein technisches Grundverständnis des Mobilfunks und des Mobilfunknetzes hilfreich. Die Einzelfallanalysen ergaben hierzu, dass gerade im Gespräch mit dem Netzbetreiber ein besseres Vorwissen sehr hilfreich sei, um sich gegenüber dem Netzbetreiber positionieren zu

können. Auch muss häufig Fachwissen in die Diskussion mit dem Bürger eingespeist werden. Irrtümer, die die technischen Möglichkeiten des Netzausbaus betreffen, stellen in der Diskussion mit Anwohnern häufig Konfliktpotenzial dar. Insbesondere soll auch ein Verständnis für die notwendige Anzahl an Mobilfunksendeanlagen geschaffen werden und wie sich der Bedarf für neue Standorte ergibt. Auch soll das Kapitel dazu dienen, den Kommunen ersichtlich zu machen, welcher Standort welche Kosten nach sich zieht. Das Kapitel entsteht insbesondere auf Basis von Gesprächen mit den Netzbetreibern, um so Auskunft über die technisch machbaren Rahmenbedingungen zu erlangen. Ergänzt wird dieser Teil um ein Glossar mit den wichtigsten Begriffen zum Thema Mobilfunk.

Verfahren der Konfliktschlichtung

Dieses Kapitel erläutert verschiedene Verfahren der Konfliktschlichtung und benennt Vor- und Nachteile der verschiedenen Maßnahmen. Grundsätzlich sind die hier vorgestellten Verfahren den jeweiligen Konfliktstufen zugeordnet. Hierbei soll der Fokus auf den präventiven Maßnahmen liegen (beispielsweise Bürgervorgespräche, Informationsveranstaltungen und Hearings). Es werden Steuerungs- bzw. Einflussmöglichkeiten für die Kommune aufgezeigt und Ansätze erläutert, wie das Verfahren erfolgreich und für die Bevölkerung transparent gestaltet werden kann. Auch sollen konkrete Hinweise gegeben werden, wie Konfliktschlichtungsverfahren organisiert werden können. Das Kapitel entsteht auf Basis der Einzelfallanalysen, Interviews mit den beteiligten Parteien, bisherigen Forschungsarbeiten von Dialogik zum Thema Konfliktschlichtung und weiteren Expertengesprächen. Bisher konnten die Einzelfallanalysen Messungen als besonders wirksames Instrument zur Konfliktprävention herausstellen. Auch wurden Hinweise zum „richtigen“ Umgang mit der Presse gefordert. Das Einzelfallbeispiel unter 4.2.1 zeigt, wie sehr die Presse den Konfliktverlauf beeinflussen kann.

Strategien und Vorgehensweisen

Verschiedene Arbeiten zum Thema Mobilfunk zeigen, dass das klare Benennen von Strategien für den Netzausbau durch die Kommunen Vorteile mit sich bringt. Zum einen wird die Vorgehensweise der Kommune für die Bürger transparenter, zum anderen kann der Mobilfunknetzbetreiber den Netzausbau an diesen Vorgaben orien-

tieren. Beispiele für solche Strategien sind: „100 Meter Abstand zu sensiblen Gebäuden“, „Bündelung von Standorten“ und „Entbündelung von Standorten“. Dabei spielt nicht die Wahl der Strategie die entscheidende Rolle, sondern die stringente Verfolgung der innerhalb der Kommune entwickelten Vorstellung, wie sich der Netzausbau gestalten soll. Strategien können sowohl der Reduktion der Immissionen dienen als auch der Vermeidung von Konflikten.

In diesem Kapitel sollen Strategien und Vorgehensweisen vorgestellt und deren jeweilige Merkmale bzw. Vor- und Nachteile benannt werden. Dabei sollen auch Vorgehensweisen „nach innen“ erläutert werden, d.h. wie die Abstimmung zwischen Politik und Verwaltung stattfinden kann. Wie in Kapitel 4 erläutert wurde, ist es problematisch, wenn die Verwaltung durch den Einfluss der Politik (Wahlkampf) Handlungskompetenz bzw. die Möglichkeit sich eindeutig zu positionieren verliert. Im Untersuchungsbeispiel forderte die Politik den Aufbau eines W-LAN Netzes als Ersatz für das Mobilfunknetz.

Hilfestellungen

Es wird in den Einzelfallinterviews deutlich, dass die Abstimmung bezüglich der Standorte zwischen Kommunen und Netzbetreiber umso reibungsloser funktioniert, je klarer Organisation und Prozesse der Zusammenarbeit geregelt sind. Es wird im weiteren Forschungsverlauf geprüft, inwieweit standardisierte „Formular“-Vorlagen für Arbeits- und Organisationsprozesse zwischen Netzbetreiber und Kommune sinnvoll sind. Diese werden in diesem Bereich zum Download angeboten. Ergänzend werden Informationsblätter zum Download verfügbar sein, die dem Mitarbeiter in der Kommune zur Illustration bei Bürgeranfragen dienen. Auch wurde in den Einzelfallanalysen die Erläuterung von technischen Hilfsmitteln wie Geoinformationssystemen (GIS) gefordert und inwieweit der Einsatz eines GIS für die Kommune als sinnvoll angesehen wird. Ein Informationsblatt für angrenzende sensible Gebäude kann hilfreich bei der Standortkommunikation sein.

Anlaufstellen/ Adressen/ Links

Die Einzelfallinterviews haben ergeben, dass es tendenziell ein Überangebot an Informationen zum Thema Mobilfunk gibt. Dementsprechend kommt dem Ratgeber

auch die Funktion zu, Hilfestellung bei der Auswahl von weiterführender bzw. tiefer gehender Information zu bieten. Weiterführende Verweise werden durch das Autorenteam selektiert, kommentiert und die Inhalte auf Richtigkeit geprüft. In einem Untersuchungsbeispiel im Rahmen der Einzelfallanalysen hat sich gezeigt, dass auch die Verweise auf Ansprechpartner eine wichtige Hilfestellung darstellt. Im Untersuchungsbeispiel war dem Mitarbeiter in der Kommune unbekannt, bei wem er Missachtungen der Verbändevereinbarung der Netzbetreiber melden kann. Entsprechend werden Clearingstellen und deren Funktion vorgestellt und erläutert.

6 Ausblick

In den anstehenden Projektphasen wird durch weitere Einzelfallanalysen und Expertengespräche der Informationsbedarf der Kommunen weiter konkretisiert. Daraus ergeben sich dann der endgültige Aufbau sowie die Inhalte des Ratgebers. Anschließend werden die Erkenntnisse für den Ratgeber ansprechend aufbereitet und strukturiert sowie technisch durch eine externe Internetagentur umgesetzt. Zwei ausgewählten Kommunen wird eine erste Onlineversion des Ratgebers zur Evaluation vorgelegt, um gegebenenfalls weitere Verbesserungshinweise zu bekommen. Parallel werden Disseminationsstrategien für den Ratgeber weiterentwickelt. Für die letzte Projektphase Ende dieses Jahres bzw. Anfang nächsten Jahres ist die Fertigstellung des Online-Ratgebers vorgesehen.

Anschließend soll die Dissemination des Ratgebers stattfinden. Grundsätzlich gestaltet sich die Verbreitung eines Online-Ratgebers einfacher und lässt sich effektiver realisieren als die einer CD oder Broschüre. So können die Nutzer durch Links auf andere Websites direkt zu dem Ratgeber gelangen. Ein direkter Zugriff auf die gewünschten Informationen ist möglich, ohne dass weitere Kosten oder zusätzliche Lieferzeiten für eine CD oder Hardcopy entstehen. Neben einer Verlinkung des Online-Leitfadens, z.B. auf den Seiten des Bundesamts für Strahlenschutz, kann über diverse Pressemitteilungen und beispielsweise in den Magazinen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf die Internetadresse hingewiesen werden. Wie unter 4.2.7 beschrieben, wurde in einem Interview der Vorschlag gemacht, zur Erhöhung des Bekanntheitsgrades und der tatsächlichen Verwendung des Ratgebers auf Landesebene für die entsprechenden Vertreter der Landkreise Veranstaltungen durchzuführen.

ren, die das Ziel haben, den Ratgeber vorzustellen und in seine Benutzung einzuführen. Mit solchen Veranstaltungen sind bereits gute Erfolge erzielt worden.

Verschiedene Möglichkeiten der Dissemination können im Januar/Februar 2006 durch Dialogik durchgeführt werden, diese sind allerdings im aktuellen Projektplan nicht vorgesehen. Die Finanzierung der Bekanntmachung des Ratgebers oder die Organisation der Dissemination (z.B. durch Anbahnungen von Kooperationen mit den Immissionsschutzämtern oder dem Städtetag) ist zu empfehlen.

7 Literatur

Agenda-transfer (Agentur für Nachhaltigkeit GmbH) (2005): **Unterstützung der Kooperation der Mobilfunkakteure durch die lokale Agenda 21.**

Zwischenbericht, Bonn, Internetpublikation: http://www.emf-forschungsprogramm.de/forschung/risikokommunikation/risikokommunikation_verg/risiko_045_ZwB_01.pdf.#

B.A.U.M. Consult GmbH (2003): **Jahresgutachten zur Umsetzung der Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber.** Internetpublikation: www.bmu.de/strahlenschutz/doc/5562.php; zugegriffen am 11.10.2005.

Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (2002): **Freiwillige Vereinbarung im Rahmen des Umweltpaktes Bayern II zwischen den in Bayern tätigen Mobilfunkbetreibern, dem Bayerischen Gemeindetag, dem Bayerischen Landkreistag und dem Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen mit dem Ziel der Umweltschonung und Akzeptanzverbesserung (Mobilfunkpakt II)** vom 27.11.2002, München, abrufbar im Internet unter http://www.stmugv.bayern.de/de/elektrosmog/doc/mob_pakt.pdf, Zugriff am 23.02.06.

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (2005): **Fördergrundsätze für die Erfassung der elektromagnetischen Felder durch Kommunen (Fee-2-Projekt).** München, abrufbar in Internet unter: http://www.stmugv.bayern.de/de/elektrosmog/doc/fee_grd.pdf;

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu, 2003): **Verbesserung der Kooperation mit den Kommunen beim Aufbau von Mobilfunknetzen – Ergebnisse einer Be-**

fragung von Kommunen und Netzbetreibern. Gutachten im Auftrag des Informationszentrums Mobilfunk e.V. (IZMF). Berlin. Interpublikation:

www.bmu.de/strahlenschutz/doc/4550.php; zugegriffen am 13.10.2005.

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu, 2005): **Jahresgutachten 2004 zur Umsetzung der Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber.** Berlin. Internetpublikation: www.bmu.de/strahlenschutz/doc/35281.php; zugegriffen am 05.11.2005.

Flick, Uwe (1995): **Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften.** Reinbek: Rowohlt's Enzyklopädie.

Glaser, B. und Strauss, A. (1979): Die Entdeckung gegenstandsbezogener Theorie. Eine Grundstrategie qualitativer Sozialforschung. In: C. Hopf und E. Weingarten (Hrsg.): **Qualitative Sozialforschung.** Stuttgart: Klett Cotta, S. 91-111.

Revermann, Christoph (2003): **Risiko Mobilfunk. Wissenschaftlicher Diskurs, öffentliche Debatte und politische Rahmenbedingungen.** Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB), Nr. 15. Berlin: Edition Sigma.

Ruddat, Michael; Sautter, Alexander; et. al. (2005): **Abschlussbericht zum Forschungsprojekt „Untersuchung der Kenntnis und Wirkung von Informationsmaßnahmen im Bereich Mobilfunk und Ermittlung weiterer Ansatzpunkte zur Verbesserung der Information verschiedener Bevölkerungsgruppen“.** Stuttgart., Internetpublikation:http://www.emf-forschungsprogramm.de/forschung/risikokommunikation/risikokommunikation_abges/risiko_035_AB.pdf.

Strauss, A. and Corbin, J. (1998): **Basics of Qualitative Research. Techniques and Procedures for Developing Grounded Theory.** Thousand Oaks, CA: Sage.

Ulmer, Frank; Hiller, Sylvia und Ortleb, Julia (2005): **Innovative Verfahren der Konfliktschlichtung bei der Standortbestimmung von Mobilfunksendeanlagen. Erster Zwischenbericht.** Stuttgart, Internetpublikation, abrufbar unter: http://www.emf-forschungsprogramm.de/forschung/risikokommunikation/risikokommunikation_verg/risiko_055_ZwB_01.pdf.

Zwick, Michael M. (2005): Risk as perceived by the German public: pervasive risks and ,switching' risks. In: **Journal of Risk Research** 8 (6), pp. 481-498.

8 Anhang

Interviewleitfäden für die Einzelfallanalysen

Interviewleitfäden für Kommunen

A Schriftliche Vorbefragung

Mailanschreiben:

Im Auftrag des Bundesamts für Strahlenschutz bearbeitet das gemeinnützige Forschungsinstitut DIALOGIK gGmbH das Projekt „Innovative Verfahren zur Konfliktschlichtung bei der Standortbestimmung von Mobilfunksendeanlagen“. Dabei geht es um die Eignung verschiedener Instrumente zur Austragung und Schlichtung von Konflikten. Die Ergebnisse der Untersuchung dienen der weiteren Verbesserung dieser Verfahren und sollen abschließend in Form einer Online-Orientierungshilfe für die Vertreter von Kommunen aufbereitet werden. Diese Hilfe soll es den Beteiligten besser ermöglichen, Konflikten im Vorfeld möglicher Verhärtung der Fronten konstruktiv zu begegnen und durch die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger für alle akzeptable Lösungen zu erzielen.

(Weitere Informationen erhalten Sie auch unter http://www.emf-forschungsprogramm.de/forschung/risikokommunikation/risikokommunikation_verg/risiko_055.html)

Mit dem vorliegenden Fragebogen möchten wir Ihre individuelle Situation vor Ort erfassen, um daraus Lösungen für Sie – und Kommunen mit ähnlichen Problemen – ableiten zu können. Wir möchten Sie daher herzlich bitten, uns bei der Umfrage zu unterstützen, indem Sie uns die folgenden Fragen beantworten und den ausgefüllten Fragebogen bis zum ... 2006 per E-Mail zurücksenden.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Fragebogen zum Thema „Mobilfunk“

1. Gibt es (oder gab es) in Ihrer Kommune im Zusammenhang mit der Standortsuche und Errichtung von Mobilfunksendeanlagen Konflikte? Wenn ja, können Sie uns zum Konfliktablauf nähere Angaben machen?

2. Beschreiben Sie bitte kurz den Ablauf der Standortsuche in Ihrer Kommune (z.B.: haben Sie oder der Netzbetreiber den Standort bzw. die Standorte vorgeschlagen?) Was ist bei diesem Vorgehen für Sie besonders hilfreich bzw. besonders nachteilig gewesen?

3. Könnten für Sie in Ihrer Rolle als Verantwortlicher mehr Hintergrundinformationen (z.B. funktechnisch, rechtlich, gesundheitlich, Inhalte der Verbändevereinbarung oder Selbstverpflichtung der Netzbetreiber) hilfreich sein? Wer ist aus Ihrer Sicht für die Vermittlung solcher Informationen die geeignete Institution? Benötigen Sie darüber hinaus spezielles Wissen für Gespräche mit den Netzbetreibern oder mit den Bürgern?

4. Gibt es im Zusammenhang mit der Standortplanung von Mobilfunksendeanlagen eine Zusammenarbeit mit anderen Kommunen? Wenn ja, wie sieht die Zusammenarbeit aus und was hat sie gebracht?

5. Wie ist das Vorgehen bei der Zusammenarbeit mit den Netzbetreibern? Wie und durch wen wird die Zusammenarbeit mit mehreren Netzbetreibern koordiniert? Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit mit den Netzbetreibern in ihrer Qualität?

6. Beschreiben Sie kurz, ob es Proteste in der Bevölkerung gab? Wenn ja, wie sind Sie diesem begegnet (z.B. durch Informationsmaßnahmen, Durchführung von Messungen, Beteiligungsverfahren)?

7. Sind Ihnen Informationsmaterialien (insbesondere Leitfäden) zum Umgang von Standortkonflikten bekannt? Wenn ja, welche? Wie haben Ihnen diese beim Umgang mit dem Konflikt bzw. bei der Standortplanung geholfen?

8. Wenn Sie einem Kollegen oder einer Kollegin in einer anderen Kommune, bei der es zu einem heftigen Konflikt um die Standortfindung gekommen ist, einen Rat aus

Ihrer Erfahrung geben sollten, wie man mit diesem Konflikt umgehen sollte, was würde Sie ihm bzw. ihr anraten?

Datenschutzerklärung:

Die vorliegende sozialwissenschaftliche Forschungsstudie wird strikt nach den geltenden Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes durchgeführt. Dies bedeutet:

- vollkommene Anonymisierung aller erhobenen Daten
- ausschließliche Verwendung der Daten für wissenschaftliche Zwecke
- Freiwilligkeit der Teilnahme

Die Einhaltung dieser Bestimmungen wird garantiert.

B vertiefende Telefoninterviews

Fragebogen zum Thema „Innovative Verfahren zur Konfliktschlichtung bei der Standortbestimmung von Mobilfunksendeanlagen“

1. Gibt es (oder gab es) in Ihrer Kommune im Zusammenhang mit der Standortsuche und Errichtung von Mobilfunksendeanlagen Konflikte? Wenn ja, können Sie uns zum Konfliktablauf nähere Angaben machen?

- Wie ist es zu dem Konflikt gekommen?
- Welche Gruppen waren an dem Konflikt beteiligt?
- Welche Einflussfaktoren haben sich verstärkend oder abschwächend auf den Konfliktablauf ausgewirkt?
- Wurde in der lokalen/ regionalen Presse über den Vorfall berichtet?
- Wie schätzen Sie den Einfluss der Presseberichtserstattung auf den Konfliktverlauf ein?
- Wie wurde der Konflikt gelöst?

2. Beschreiben Sie bitte kurz den Ablauf der Standortsuche in Ihrer Kommune (z.B.: haben Sie oder der Netzbetreiber den Standort bzw. die Standorte vorgeschlagen?) Was ist bei diesem Vorgehen für Sie besonders hilfreich bzw. besonders nachteilig gewesen?

- Wurden in Ihrer Kommune grundsätzliche und frühzeitige Ziele bzw. Vorgehensweisen zur Standortfindung definiert? Haben diese Vorgehensweisen zur Verbesserung des Meinungsklimas beigetragen?
- Wer ist in Ihrer Kommune verantwortlich für die kommunalen Aufgaben bei der Standortbestimmung? Wie verläuft die Abstimmung und Kommunikation innerhalb und zwischen Politik und Verwaltung?
- Gibt es einen Mobilfunkbeauftragten? Wo ist dieser Mobilfunkbeauftragte in der Verwaltung angesiedelt? Welche Vor- und Nachteile sehen Sie hier? Wie wurde der Mobilfunkbeauftragte innerhalb der Kommune bestimmt?
- Existiert eine Bürgerinitiative? Wann haben Sie von dieser erfahren? Hat die Bürgerinitiative konkrete Ziele? Wie kommt sie bei den anderen Akteuren an? Ist sie für die Bürgerinnen und Bürger glaubwürdig?
- Gibt es bei Ihnen den Grundsatz, dass die Nähe zu sensiblen Gebäuden vermieden werden soll?
- Werden beispielsweise kommunale Liegenschaften grundsätzlich bevorzugt angeboten? Falls ja, wie beurteilt dies die Bevölkerung bzw. die Bürgerinitiative bzw. die Netzbetreiber?
- Ist Bündelung oder Entzerrung ein erklärtes Ziel?
- Werden mögliche technische Alternativen diskutiert? Wie gestaltet sich dieser Prozess?
- Spielen bei Ihnen länderspezifische Regelungen eine Rolle bei der Standortplanung (bspw. Runde Tische in Bayern)? Schätzen Sie diese Regelungen als konfliktfördernd oder entschärfend ein?

3. Könnten für Sie in Ihrer Rolle als Verantwortlicher mehr Hintergrundinformationen (z.B. funktechnisch, rechtlich, gesundheitlich, Inhalte der Verbändevereinbarung oder Selbstverpflichtung der Netzbetreiber) hilfreich sein? Wer ist aus Ihrer Sicht für die Vermittlung solcher Informationen die geeignete Institution? Benötigen Sie darüber hinaus spezielles Wissen für Gespräche mit den Netzbetreibern oder mit den Bürgern?

- Sind Sie mit den Inhalten der Verbändevereinbarung vertraut? Wenn ja, welche Inhalte aus der Verbändevereinbarung (Vereinbarung der Mobilfunknetzbetreiber mit den kommunalen Spitzenverbänden vom 09.07.2001) halten Sie für besonders relevant?
- Halten Sie es für wichtig, z.B. bei den Netzbetreibern oder beim Deutschen Städtetag, einen konkreten Ansprechpartner zu haben? Haben Sie jeweils einen solchen Ansprechpartner angesprochen? (*INT: besondere Vor- und Nachteile des Ansprechpartners klären*)
- Bei wem haben Sie sich in der Vergangenheit über Rechtsfragen (Fristen usw.) informiert?
- Welche Hintergrundinformationen sind für Sie besonders wertvoll:
 - Technische Funktionsweise von Mobilfunkmasten
 - Technische Informationen zum Mobilfunk allgemein (z.B. Unterschied zwischen W-max, UMTS etc.)
 - Gesundheitliche Risiken
 - Rechtliche Fragen der Standortsuche
 - Hilfestellung bei der Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern
 - Bewährte Instrumente der Konfliktlösung bei Mobilfunkkonflikten
 - Sonstiges

4. Gibt es im Zusammenhang mit der Standortplanung von Mobilfunksendeanlagen eine Zusammenarbeit mit anderen Kommunen? Wenn ja, wie sieht die Zusammenarbeit aus und was hat sie gebracht?

- Konnte diese Zusammenarbeit die Qualität der Standortplanung verbessern?
- Gab es Möglichkeiten zur Standortbündelung über Kommunengrenzen hinweg?
- Waren Sie schon einmal in einer Konkurrenzsituation mit einer Nachbargemeinde bei der Standortplanung? (*INT: bspw. Mieteinnahmen; oder Nachteile*)

5. Wie ist das Vorgehen bei der Zusammenarbeit mit den Netzbetreibern? Wie und durch wen wird die Zusammenarbeit mit mehreren Netzbetreibern koordiniert? Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit mit den Netzbetreibern in ihrer Qualität?

- Gab es Koordinationsgespräche mit dem Netzbetreiber, die dazu dienten, die Form der Zusammenarbeit zu besprechen?
- *INT: Wenn gegeben: Hat diese Zusammenarbeit im weiteren Verlauf zur Konfliktminderung beigetragen und wenn ja, in welcher Weise??*
- Inwieweit haben Sie sich auf die kommunale Verbändevereinbarung bei der Zusammenarbeit mit dem Netzbetreiber berufen?
- Fühlen Sie sich durch den Netzbetreiber rechtzeitig und ausreichend informiert, um anstehende Entscheidungen gut treffen zu können?

6. Beschreiben Sie kurz, ob es Proteste in der Bevölkerung gab? Wenn ja, wie sind Sie diesen Konflikten begegnet (z.B. durch Informationsmaßnahmen, Durchführung von Messungen, Beteiligungsverfahren)?

- Haben Sie konkrete Informationsmaßnahmen durchgeführt? Wenn ja, welche (*INT: Aushänge, Info-Broschüren, Standortbegehung, Expertenbefragung durch Bürger...?*) Welche der durchgeführten Informationsmaßnahmen haben sich als besonders wirksam erwiesen, welche als eher unwirksam?
- Haben Sie Verfahren zur Konfliktvermeidung bzw. Konfliktschlichtung durchgeführt? Wenn ja, welche waren das? Haben sich Ihrer Meinung nach diese Verfahren bewährt?
- Haben Sie bei Konflikten mit einer der Konfliktparteien besonders gut zusammenarbeiten können? Wenn ja, wie?
- Wurden Versuche unternommen, den Konflikt mit allen beteiligten Akteuren gemeinsam zu lösen (z.B. Runder Tisch)?
- Wurden Sie bei der Information der Bevölkerung durch die Netzbetreiber unterstützt?
- Wenn Sie noch einmal von vorne beginnen könnte, was würden Sie bei den Konfliktschlichtungsverfahren anders machen?

7. Sind Ihnen Informationsmaterialien (insbesondere Leitfäden) zum Umgang von Standortkonflikten bekannt? Wenn ja, welche? Wie haben Ihnen diese beim Umgang mit dem Konflikt bzw. bei der Standortplanung geholfen?

- Welche Leitfäden kennen Sie?
- Haben Sie davon einen oder mehrere benutzt?
- Wie schätzen Sie die Qualität und Brauchbarkeit der Ihnen bekannten Leitfäden ein?
- Was könnte bzw. müsste in einem neuen Leitfaden besser gemacht werden?
- Welche Eigenschaften müsste ein solcher Leitfaden haben, um für SIE benutzerfreundlich zu sein? Denken Sie dabei an die Form (Print, Internet, CD) sowie an die Inhalte (Ausführlichkeit, etc.)?
- Brauchen Sie überhaupt einen Leitfaden?

8. Wenn Sie einem Kollegen oder einer Kollegin in einer anderen Kommune, bei der es zu einem heftigen Konflikt um die Standortfindung gekommen ist, einen Rat aus Ihrer Erfahrung geben sollten, wie man mit diesem Konflikt umgehen sollte, was würde Sie ihm bzw. ihr anraten?

Interviewleitfäden für Betreiber

A Schriftliche Vorbefragung

Mailanschreiben:

Im Auftrag des Bundesamts für Strahlenschutz bearbeitet das gemeinnützige Forschungsinstitut DIALOGIK gGmbH das Projekt „Innovative Verfahren zur Konfliktschlichtung bei der Standortbestimmung von Mobilfunksendeanlagen“. Dabei geht es um die Eignung verschiedener Instrumente zur Austragung und Schlichtung von Konflikten. Die Ergebnisse der Untersuchung dienen der weiteren Verbesserung dieser Verfahren und sollen abschließend in Form einer Online-Orientierungshilfe für die Vertreter von Kommunen aufbereitet werden. Diese Hilfe soll es den Beteiligten besser ermöglichen, Konflikten im Vorfeld möglicher Verhärtung der Fronten konstruktiv zu begegnen und durch die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger für alle akzeptable Lösungen zu erzielen.

(Weitere Informationen erhalten Sie auch unter http://www.emf-forschungsprogramm.de/forschung/risikokommunikation/risikokommunikation_verg/risiko_055.html)

Wir möchten Sie herzlich bitten, uns bei der Umfrage zu unterstützen, indem Sie uns die folgenden Fragen beantworten und den ausgefüllten Fragebogen bis zum ... 2006 per E-Mail zurücksenden.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Fragebogen zum Thema „Mobilfunk“

1. Gibt es (oder gab es) bei Ihnen im Zusammenhang mit der Standortsuche und Errichtung von Mobilfunksendeanlagen Konflikte? Wenn ja, können Sie uns zum Konfliktablauf nähere Angaben machen?

2. Beschreiben Sie bitte kurz den Ablauf der Standortsuche für Mobilfunksendeanlagen (z.B.: Haben Sie oder ein Vertreter der Kommune den Standort bzw. die Standorte vorgeschlagen?) Was ist bei diesem Vorgehen für Sie besonders hilfreich bzw. besonders nachteilig gewesen?

3. Wie ist das Vorgehen bei der Zusammenarbeit mit den Kommunen? Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit mit den Kommunen in ihrer Qualität?

4. Beschreiben Sie kurz, ob es Proteste in der Bevölkerung gab? Wenn ja, wie wurde diesen Konflikten begegnet (z.B. durch Informationsmaßnahmen, Durchführung von Messungen, Beteiligungsverfahren)?

5. Wenn Sie einem Kollegen oder einer Kollegin, bei dem bzw. der es zu einem heftigen Konflikt um die Standortfindung gekommen ist, einen Rat aus Ihrer Erfahrung geben sollten, wie man mit diesem Konflikt umgehen sollte, was würde Sie ihm bzw. ihr anraten?

Datenschutzerklärung:

Die vorliegende sozialwissenschaftliche Forschungsstudie wird strikt nach den geltenden Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes durchgeführt. Dies bedeutet:

- vollkommene Anonymisierung aller erhobenen Daten
- ausschließliche Verwendung der Daten für wissenschaftliche Zwecke
- Freiwilligkeit der Teilnahme

Die Einhaltung dieser Bestimmungen wird garantiert.

B vertiefende Telefoninterviews

Fragebogen zum Thema „Innovative Verfahren zur Konfliktschlichtung bei der Standortbestimmung von Mobilfunksendeanlagen“

1. Gibt es (oder gab es) bei Ihnen im Zusammenhang mit der Standortsuche und Errichtung von Mobilfunksendeanlagen Konflikte? Wenn ja, können Sie uns zum Konfliktablauf nähere Angaben machen?

- Wie ist es zu dem Konflikt gekommen?
- Welche Gruppen waren an dem Konflikt beteiligt?
- Welche Einflussfaktoren haben sich verstärkend oder abschwächend auf den Konfliktablauf ausgewirkt?
- Wurde in der lokalen/ regionalen Presse über den Vorfall berichtet?
- Wie schätzen Sie den Einfluss der Presseberichterstattung auf den Konfliktverlauf ein?
- Wie wurde der Konflikt gelöst?

2. Beschreiben Sie bitte kurz den Ablauf der Standortsuche für Mobilfunksendeanlagen (z.B.: Haben Sie oder ein Vertreter der Kommune den Standort bzw. die Standorte vorgeschlagen?) Was ist bei diesem Vorgehen für Sie besonders hilfreich bzw. besonders nachteilig gewesen?

- Wurden bei Ihnen grundsätzliche und frühzeitige Ziele bzw. Vorgehensweisen zur Standortfindung definiert? Haben diese Vorgehensweisen zur Verbesserung des Meinungsklimas beigetragen?
- Gibt es bei Ihnen den Grundsatz, dass die Nähe zu sensiblen Gebäuden vermieden werden soll? Was hat das bewirkt?
- Werden nach Ihrer Erfahrung kommunale Liegenschaften grundsätzlich bevorzugt angeboten? Falls ja, wie beurteilen Sie dies?
- Ist Bündelung oder Entzerrung ein erklärtes Ziel von Ihnen? Was hat das bewirkt?
- Werden mögliche technische Alternativen diskutiert? Wie gestaltet sich dieser Prozess? Was hat das bewirkt?
- Spielen bei Ihnen länderspezifische Regelungen eine Rolle bei der Standortplanung (bspw. Runde Tische in Bayern)? Schätzen Sie diese Regelungen als konfliktfördernd oder entschärfend ein?

3. Wie ist das Vorgehen bei der Zusammenarbeit mit den Kommunen? Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit mit den Kommunen in ihrer Qualität?

- Gab es Koordinationsgespräche mit den Kommunen, die dazu dienten, die Form der Zusammenarbeit zu besprechen?
- *INT: Wenn gegeben:* Hat diese Zusammenarbeit im weiteren Verlauf zur Konfliktminderung beigetragen und wenn ja, in welcher Weise?

4. Beschreiben Sie kurz, ob es Proteste in der Bevölkerung gab? Wenn ja, wie wurde diesen Konflikten begegnet (z.B. durch Informationsmaßnahmen, Durchführung von Messungen, Beteiligungsverfahren)?

- - Wurden Verfahren zur Konfliktvermeidung bzw. Konfliktschlichtung durchgeführt? Wenn ja, welche waren das? Haben sich Ihrer Meinung nach diese Verfahren bewährt? Haben Sie konkrete Informationsmaßnahmen durchgeführt? Wenn ja, welche (*INT: Aushänge, Info-Broschüren, Standortbegehung, Expertenbefragung durch Bürger...*)? Welche der durchgeführten Informationsmaßnahmen haben sich als besonders wirksam erwiesen, welche als eher unwirksam?
- Haben Sie die Kommunen bei der Information der Bevölkerung unterstützt?
- Haben Sie bei Konflikten mit einer der Konfliktparteien besonders gut zusammenarbeiten können? Wenn ja, wie?
- Wurden Versuche unternommen, den Konflikt mit allen beteiligten Akteuren gemeinsam zu lösen (z.B. Runder Tisch)?
- Wenn Sie noch einmal von vorne beginnen könnten, was würden Sie bei den Konfliktschlichtungsverfahren anders machen?

5. Wenn Sie einem Kollegen oder einer Kollegin, bei dem bzw. der es zu einem heftigen Konflikt um die Standortfindung gekommen ist, einen Rat aus Ihrer Erfahrung geben sollten, wie man mit diesem Konflikt umgehen sollte, was würde Sie ihm bzw. ihr anraten?

Interviewleitfäden für Vertreter von Bürgerinitiativen

A Schriftliche Vorbefragung

Mailanschreiben:

Im Auftrag des Bundesamts für Strahlenschutz bearbeitet das gemeinnützige Forschungsinstitut DIALOGIK gGmbH das Projekt „Innovative Verfahren zur Konfliktschlichtung bei der Standortbestimmung von Mobilfunksendeanlagen“. Dabei geht es um die Eignung verschiedener Instrumente zur Austragung und Schlichtung von Konflikten. Die Ergebnisse der Untersuchung dienen der weiteren Verbesserung dieser Verfahren und sollen abschließend in Form einer Online-Orientierungshilfe für die Vertreter von Kommunen aufbereitet werden. Diese Hilfe soll es den Beteiligten besser ermöglichen, Konflikten im Vorfeld möglicher Verhärtung der Fronten konstruktiv zu begegnen und durch die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger für alle akzeptable Lösungen zu erzielen.

(Weitere Informationen erhalten Sie auch unter http://www.emf-forschungsprogramm.de/forschung/risikokommunikation/risikokommunikation_verg/risiko_055.html)

Wir möchten Sie herzlich bitten, uns bei der Umfrage zu unterstützen, indem Sie uns die folgenden Fragen beantworten und den ausgefüllten Fragebogen bis zum ... 2006 per E-Mail zurücksenden.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Fragebogen zum Thema „Mobilfunk“

1. Wenn Sie an Ihre Erfahrungen mit der Standortsuche der Netzbetreiber und Kommunen und die sich anschließende Errichtung der Mobilfunksendeanlagen durch die Betreiber denken: Welche näheren Angaben können Sie zum Konfliktverlauf machen?

2. Was haben Sie bei dem momentanen Vorgehen bei der Standortsuche für Mobilfunksendeanlagen als besonders hilfreich bzw. besonders nachteilig empfunden? Welche Maßnahmen der Kommune oder des Betreibers empfinden Sie als besonders wünschenswert bzw. als besonders unangebracht?

3. Es gibt verschiedenen Maßnahmen die getroffen werden können, um die Vor- und Nachteile des Mobilfunks aufzuzeigen, beispielsweise die bessere Information der Bürger. Könnten für Sie mehr Hintergrundinformationen (z.B. funktechnisch, rechtlich, gesundheitlich, Inhalte der Verbändevereinbarung oder Selbstverpflichtung der Netzbetreiber) hilfreich sein, um die Standortentscheidungen der Kommune/Netzbetreiber besser nachvollziehen zu können? Wer ist aus Ihrer Sicht für die Vermittlung solcher Informationen die geeignete Institution? Würden Sie bzw. haben Sie ein solches Informationsangebot wahrgenommen? Benötigen Sie darüber hinaus spezielles Wissen für Gespräche mit den Kommunen oder mit den Netzbetreibern, um Ihre Interessen gut zu vertreten?

4. Beschreiben Sie kurz die Proteste, die es in der Bevölkerung gab? Wie wurde diesen Konflikten begegnet (z.B. durch Informationsmaßnahmen, Durchführung von Messungen, Beteiligungsverfahren)?

5. Wenn Sie einer anderen Bürgerinitiative, die sich aus einem heftigen Konflikt um die Standortfindung heraus gebildet hat, einen Rat aus Ihrer Erfahrung geben sollten, wie man mit diesem Konflikt umgehen sollte, was würde Sie ihm bzw. ihr anraten?

Datenschutzerklärung:

Die vorliegende sozialwissenschaftliche Forschungsstudie wird strikt nach den geltenden Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes durchgeführt. Dies bedeutet:

- vollkommene Anonymisierung aller erhobenen Daten
- ausschließliche Verwendung der Daten für wissenschaftliche Zwecke
- Freiwilligkeit der Teilnahme

Die Einhaltung dieser Bestimmungen wird garantiert.

B vertiefende Telefoninterviews

Fragebogen zum Thema „Innovative Verfahren zur Konfliktschlichtung bei der Standortbestimmung von Mobilfunksendeanlagen“

1. Wenn Sie an Ihre Erfahrungen mit der Standortsuche der Netzbetreiber und Kommunen und die sich anschließende Errichtung der Mobilfunksendeanlagen durch die Betreiber denken: Welche näheren Angaben können Sie zum Konfliktverlauf machen?

- Was war der Auslöser für den Konflikt?
- Wer, außer der BI, hat sich an der Standortdiskussion beteiligt und in welcher Form?
- Gab es Maßnahmen, die getroffen wurden oder Ereignisse, die in besonderem Maße dazu beigetragen haben, dass sich der Konflikt verstärkt oder abgeschwächt hat?
- Wurde in der lokalen/ regionalen Presse über den Vorfall berichtet? Falls ja: Hat die Presse eher zur Verhärtung der Fronten beigetragen oder konnte die Presse eher Transparenz schaffen und dadurch den Konflikt entschärfen?
- Wurde der Konflikt gelöst? Ist die Situation jetzt befriedigend? Gab es ein entscheidendes Ereignis, so dass der Konflikt gelöst werden konnte bzw. nicht gelöst wurde?

2. Was haben Sie bei dem momentanen Vorgehen bei der Standortsuche für Mobilfunksendeanlagen als besonders hilfreich bzw. besonders nachteilig empfunden? Welche Maßnahmen der Kommune oder des Betreibers empfinden Sie als besonders wünschenswert bzw. als besonders unangebracht?

Sind Ihnen folgende Strategien bekannt und wie bewerten Sie diese?

- Der Grundsatz, dass die Nähe zu sensiblen Gebäuden vermieden werden soll
- Die Bündelung oder Entzerrung von Standorten
- Grundsätzliche Bevorzugung kommunaler Liegenschaften
- Diskussion technischer Alternativen

3. Es gibt verschiedenen Maßnahmen die getroffen werden können, um die Vor- und Nachteile des Mobilfunks aufzuzeigen, beispielsweise die bessere Information der Bürger. Könnten für Sie mehr Hintergrundinformationen (z.B. funktechnisch, rechtlich, gesundheitlich, Inhalte der Verbändevereinbarung oder Selbstverpflichtung der Netzbetreiber) hilfreich sein, um die Standortentscheidungen der Kommune/Netzbetreiber besser nachvollziehen zu können? Wer ist aus Ihrer Sicht für die Vermittlung solcher Informationen die geeignete Institution? Würden Sie bzw. haben Sie ein solches Informationsangebot wahrgenommen? Benötigen Sie darüber hinaus spezielles Wissen für Gespräche mit den Kommunen oder mit den Netzbetreibern, um Ihre Interessen gut zu vertreten?

- Sind Sie mit den Inhalten der Verbändevereinbarung vertraut? Halten sie diese Vereinbarungen für hilfreich, wenn es um die Standortsuche bei Ihnen geht? Wenn ja, welche Inhalte aus der Verbändevereinbarung (Vereinbarung der Mo-

- bilfunknetzbetreiber mit den kommunalen Spitzenverbänden vom 09.07.2001) halten Sie für besonders relevant?
- Halten Sie es für wichtig, z.B. bei den Kommunen, den Netzbetreibern oder beim Deutschen Städtetag, einen konkreten Ansprechpartner zu haben? Haben Sie jeweils einen solchen Ansprechpartner angesprochen? (*INT: besondere Vor- und Nachteile des Ansprechpartners klären*) Was kann ein konkreter Ansprechpartner bewirken was ihnen besonders hilft?
 - Haben sie sich in der Vergangenheit über juristische Möglichkeiten auf die Standortplanung Einfluss zu nehmen informiert? Falls ja bei wem? Wie war das genau?
 - Könnten Ihnen mehr Hintergrundinformationen hilfreich sein um die Situation besser zu „meistern“? Welche Hintergrundinformationen haben Ihnen bei zur Bewältigung der Situation besonders geholfen? Welche Informationen haben zur Bewältigung des Konflikts gefehlt?
 - Technische Funktionsweise von Mobilfunkmasten
 - Technische Informationen zum Mobilfunk allgemein (z.B. Unterschied zwischen W-max, UMTS etc.)
 - Gesundheitliche Risiken
 - Rechtliche Fragen der Standortsuche
 - Hilfestellung bei der Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern
 - Bewährte Instrumente der Konfliktlösung bei Mobilfunkkonflikten
 - Sonstiges

4. Beschreiben Sie kurz die Proteste, die es in der Bevölkerung gab? Wie wurde diesen Konflikten begegnet (z.B. durch Informationsmaßnahmen, Durchführung von Messungen, Beteiligungsverfahren)?

- Wurden Verfahren zur Konfliktvermeidung bzw. Konfliktschlichtung durchgeführt? Wenn ja, welche waren das? Haben sich Ihrer Meinung nach diese Verfahren bewährt?
- Wurden konkrete Informationsmaßnahmen durchgeführt? Wenn ja, welche (*INT: Aushänge, Info-Broschüren, Standortbegehung, Expertenbefragung durch Bürger...?*) Welche der durchgeführten Informationsmaßnahmen fanden Sie besonders geeignet, welche eher nicht?
- Haben Sie bei Konflikten mit einer der Konfliktparteien besonders gut zusammenarbeiten können? Wenn ja, wie?
- Wurden Versuche unternommen, den Konflikt mit allen beteiligten Akteuren gemeinsam zu lösen (z.B. Runder Tisch)?

5. Wenn Sie einer anderen Bürgerinitiative, die sich aus einem heftigen Konflikt um die Standortfindung heraus gebildet hat, einen Rat aus Ihrer Erfahrung geben sollten, wie man mit diesem Konflikt umgehen sollte, was würde Sie ihm bzw. ihr anraten?